



Tätigkeitsbericht des Vorstandes  
zur 2. Legislaturperiode  
der Psychotherapeutenkammer Berlin

Eine Übersicht  
2005 bis 2009

## **Impressum**

### Herausgeberin

Psychotherapeutenkammer Berlin

### Geschäftsstelle

Kurfürstendamm 184

10707 Berlin

Tel. 030 887140-0

Fax 030 887140-40

[info@psychotherapeutenkammer-berlin.de](mailto:info@psychotherapeutenkammer-berlin.de)

[www.psychotherapeutenkammer-berlin.de](http://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de)

---

## Vorwort

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
liebe Leserinnen und Leser,**

Im Auftrag des Vorstandes lege ich Ihnen einen Bericht über unsere Tätigkeit in der 2. Legislaturperiode von Oktober 2005 bis Mai 2009 vor.

Dieser Bericht, der als knappe Übersicht gehalten ist, soll Ihnen die Vielfalt der Kammertätigkeit, deren unterschiedlichen Anforderungen und Zielsetzungen vermitteln. Alle Vorstandsmitglieder, Ausschusssprecherinnen und –sprecher und die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle haben ihn engagiert verfasst – Überschneidungen, Brüche, Differenzen und Gemeinsamkeiten sind für Sie unmittelbar erfahrbar.

Als scheidender Präsident der 2. Legislaturperiode möchte ich der Vizepräsidentin Frau Hillenbrand und den Vorstandskolleginnen und -kollegen Frau Angermann-Küster, Frau Dr. Degner, Herrn Bertram und Herrn Stößlein herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken. In 140 wöchentlich, in der Regel 3-stündig stattfindenden Vorstandssitzungen und sieben ganztägig durchgeführten Vorstandsklausurtagen hat sich eine sach- und aufgabenbezogene, verfahrens- und verbändeübergreifende Kooperation entwickelt, die den berufspolitisch überlebensnotwendigen „Schulterschluss“ nach außen herstellt und den fraktionsübergreifenden Austausch unserer Professionen untereinander fördert.

Genauso herzlich bedanke ich mich im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen für die Arbeit unserer Geschäftsführerin Frau Struck und den Kolleginnen in der Verwaltung. Alle haben in ihren Funktionen vier weitere erfolgreiche Jahre Aufbauarbeit in und für die Kammer geleistet. Neben der schon aufwändigen „alltäglichen“ Verwaltungsarbeit sind neue Kolleginnen in die Verwaltung erfolgreich integriert worden, die den stetigen Arbeitszuwachs bewältigen helfen.

Allen Delegierten der 2. Legislatur, insbesondere den Vorsitzenden und Mitgliedern der Ausschüsse, den Beiräten, der Sitzungsleitung, den Mitgliedern der Kommissionen, Beauftragen und den Vertretern der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Ausbildung (PiA) danken wir für ihre kritische Arbeit, die als anregend und bereichernd aufgenommen und bei Entscheidungen des Vorstandes mit berücksichtigt wurde. Wir betrauern den Tod von Michael Grunert, der (Datum) nach langer schwerer Krankheit verstarb. Michael Grunert war ein kreativer, engagierter und in allen Listen fachlich und persönlich geschätzter Kollege, der uns in der Kammerarbeit fehlt.

Bereits beim Lesen des nun folgenden Berichtes wird Ihnen deutlich werden, vor welchen erheblichen fachlichen und berufspolitischen Anforderungen und Aufgaben der Vorstand der 3. Legislatur steht.

Ausgehend von dem nun vorliegenden Forschungsgutachten (Prof. Strauss u. a., Universität Jena, im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit) zur anstehenden Reform der Ausbildung zum PP und KJP werden die Rollen des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und der Bereich der Psychotherapie kritisch geprüft und vermutlich auch gesetzmäßig neu gefasst. In diesem Zusammenhang wird nach der Bundestagswahl die von den Parteien bereits avisierte neue Gesundheitsreform uns zusätzlich konzeptionell fordern.

Für diese Herausforderungen, neben der „üblichen“ Kammerarbeit, sind wir fachlich und berufspolitisch gerüstet: Zu einer meiner wichtigsten Erfahrungen der Kammerarbeit dieser Legislaturperiode gehört, dass wir in Zusammenarbeit mit den Psychotherapieverbänden im Land und auf Bundesebene in der Lage sind, uns den politischen und fachlichen Herausforderungen erfolgreich zu stellen, uns nach Kontroversen zu einigen und geschlossen unsere Interessen zu vertreten. Kammerintern: Dass wir, die fachlich sehr unterschiedlich orientierten Gruppen, miteinander ins Gespräch gekommen sind und an Lösungen für die Probleme arbeiten, die uns insgesamt als Heilberufe betreffen.

Für meine Vorstandskolleginnen, -kollegen und mich lässt sich sagen, dass wir uns trotz phasenweiser erheblicher Arbeitsbelastung dieser, zum Teil sehr interessanten, herausfordernde Kammerarbeit engagiert gestellt und viel gelernt haben.

Wir hoffen, dass wir im Rahmen der Kammeraufgaben und -ziele in Ihrem Sinne die berufspolitischen und fachlichen Dinge unserer beiden Berufe PP und KJP positiv bewegt und Negatives abgewendet haben – wir grüßen Sie herzlich und kollegial, Ihr

Michael Krenz  
Präsident

---

## Inhalt

<b>Delegiertenversammlung, Ausschüsse und Vorstand</b> .....	<b>5</b>
Ressort „Berufsordnung, Ethik, Menschen- und Patientenrechte“.....	7
Notfallpsychotherapie und Psychotherapie nach Großschadensereignissen .....	8
Ressort „Psychotherapie in Institutionen“ .....	9
Servicetelefon .....	10
Psych-Info.....	11
Ressort „Öffentliche psychotherapeutische Versorgung“.....	11
Ressorts „Wissenschaft, Forschung, QS/QM und Neue Versorgungsformen“ .....	13
Ressort „Aus-, Fort- und Weiterbildung“ .....	14
PiA.....	15
Ressortübergreifende Zusammenarbeit .....	16
Psychotherapie außerhalb der Richtlinien .....	16
Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen .....	16
Fachübergreifendes Projekt mit der Zahnärztekammer Berlin „Seele und Zähne“ .....	17
Stellungnahmen der PTK Berlin .....	18
Sonstige Gremien und Beauftragte .....	18
Mitarbeit der Psychotherapeutenkammer Berlin in der Bundespsychotherapeutenkammer.....	18
<b>Geschäftsstelle – Aufgaben</b> .....	<b>19</b>
Entwicklung Finanzen und Beiträge .....	19
Berufsaufsicht, Beschwerdemanagement und Ombudsstelle.....	19
Zertifizierung und Punktekonto .....	20
Öffentlichkeitsarbeit.....	20
<b>Anhang</b> .....	<b>23</b>
Delegierte.....	23
PiA-Vertretung .....	23
Ausschüsse .....	24
Kommissionen.....	24
Sonstige.....	25
Geschäftsstelle .....	25
Veranstaltungen.....	26

## Delegiertenversammlung und Ausschüsse

*Mit einer Wahlbeteiligung von 58,6% endete am 21. Juni 2005 die Wahlzeit. Für die 2. Delegiertenversammlung hatten sich 6 Listen zur Wahl gestellt.*

Das Wahlergebnis und die Sitzverteilung der 2. DV:

Berliner Bündnis für Psychische Gesundheit	13 Sitze
Berliner Forum Psychotherapie und Psychoanalyse	10 Sitze
Liste Berliner Psychotherapeuten	9 Sitze
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie Berlin	6 Sitze
Liste Innovative Psychotherapie Berlin	4 Sitze
Liste Kontext	3 Sitze

Die Universitäten benannten gemäß Kammergesetz zwei ihrer Vertreterinnen bzw. Vertreter: Prof. Dr. Anna Auckenthaler (FU Berlin) und Prof. Dr. Thomas Fydrich (HU Berlin), sodass 47 Delegierte in der konstituierenden Delegiertenversammlung am 26. September 2005 ihren Vorstand wählten: Michael Krenz (Präsident), Renate Mrazek (Vizepräsidentin bis 08/2008), Dorothee Hillenbrand (Vizepräsidentin seit 08/2008), Christiane Angermann-Küster, Heinrich Bertram, Dr. Renate Degner und Christoph Stößlein.

Anschließend folgte die Wahl der Vorsitzenden der Ausschüsse:

- Finanzausschuss (Dr. Joachim Meincke)
- Berufsordnung, Ethik, Menschen- und Patientenrechte (Eva-Maria Schweitzer-Köhn)
- Wissenschaft, Forschung, Qualitätssicherung (Prof. Dr. Thomas Fydrich)
- Psychotherapie in Institutionen (Christian Remmert)
- Öffentliche psychosoziale / psychotherapeutische Versorgung (Gerhard Pauli)
- Aus-, Fort- und Weiterbildung (Inge Brombacher)
- Neue Versorgungsformen (Prof. Dr. Armin Kuhr)

Als Sitzungsleitung der Delegiertenversammlungen wählten die Delegierten Prof. Dr. Armin Kuhr, Klaus Dillhoff, Pilar Isaac-Candeias, Michael Schmude und Marion Waschkeit.

Der Psychotherapeutenkammer Berlin stehen, bezogen auf ihre Mitgliederanzahl, zehn Delegierte für den „Deutschen Psychotherapeutentag“ (Parlament) der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) zu: Folgende Vertreter und Stellvertreter wurden gewählt: Heinrich Bertram, Inge Brombacher, Sabine Deitschun, Pilar Isaac-Candeias, Michael Krenz, Renate Mrazek, Anne Springer, Christoph Stößlein, Dr. Manfred Thielen. Alle Bundesdelegierten und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind im Anhang aufgeführt.

Präsident Michael Krenz und Vizepräsidentin Dorothee Hillenbrand sind, wie alle Präsidentinnen, Präsidenten und Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten der anderen Landespsychotherapeutenkammern Mitglieder des Länderrates, dem Beratungsgremium des Vorstandes der Bundespsychotherapeutenkammer.

Nach dem Ausscheiden der Vizepräsidentin Renate Mrazek übernahm Michael Krenz die Vertretung Berlins im Finanzausschuss der Bundespsychotherapeutenkammer.

Aus unterschiedlichen Gründen (Wegzug aus Berlin, Auslandsaufenthalte, Gesundheit und Arbeitsbelastung in Einzelfällen, Tod) hat sich die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung im Laufe der Legislatur verändert.

Die Liste aller Delegierten und ihre Listenzugehörigkeit finden Sie im Anhang.

### Vorstand und Präsident

Eine Konsequenz aus der schwierigen und phasenweise polarisiert verlaufenden Arbeit der Kammer in der ersten Legislaturperiode war vor der Wahl 2005 die Übereinkunft der Listen „Berliner Psychotherapeuten“, „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie Berlin“, „Innovative Psychotherapie Berlin“ und „Berliner Forum Psychotherapie und Psychoanalyse“

zukünftig alle wesentlichen Strömungen der Berliner Psychotherapeuten-schaft in die zukünftige Vorstandsarbeit einzubinden. In den kooperationsbereiten Listen waren über die Delegierten alle relevanten Tätigkeitsbereiche der PP und KJP repräsentiert; d.h. die Kolleginnen und Kollegen in Institutionen/Psychosoziale Versorgung, die Niedergelassenen im GKV-System und die, die außerhalb der Richtlinienpsychotherapie, z.B. nach dem KJHG und/oder privat praktizieren.

Diese politische, interfraktionelle Absichtserklärung war eine Leitlinie in den dann erfolgreich geführten Koalitionsverhandlungen und bestimmte die konkreten Perspektiven, die Ziele und das „Tagesgeschäft“ der Vorstandsarbeit der 2. Legislaturperiode.

Den Rahmen unseres Handelns als Körperschaft des Öffentlichen Rechts geben das Berliner Kammergesetz, die Hauptsatzung der Kammer und andere Gesetze und Verordnungen vor. Die Dienstaufsicht führt die Senatorin für Gesundheit, Verbraucher- und Umweltschutz.

Bis zum Erscheinen dieses Berichtes wurden 140 Vorstandssitzungen, in der Regel dreistündig, wöchentlich durchgeführt. Auf sieben ganztägigen Vorstandsklausurtagen haben wir uns intensiv mit komplexen fachlichen/politischen Themen auseinandergesetzt, die im Rahmen der wöchentlichen Vorstandssitzungen nicht zu erarbeiten waren, z.B. Implikationen der gesundheitspolitisch geförderten „Neuen Versorgungsformen“ für PP und KJP, Weiterbildung, Weiterentwicklung der Kammerstrukturen und anderes mehr.

Folgende „essentials“ bestimmten die Vorstandsarbeit:

- Zielbezogene Förderung des Austausches zwischen den Listen, besonders in den Ausschüssen, die nicht mehr primär nach Listen- („Parteien-“)proporz, sondern nach fachlicher Orientierung besetzt werden sollten und wurden – siehe z.B. Berichte der Ausschüsse.
- Erarbeitung und gegenseitige Ab-

stimmung eines verfahrens- und listenübergreifenden „common ground“ – siehe z.B. die verabschiedeten verbindlichen „Eckpunkte der Psychotherapeutenkammer Berlin“ – unter Berücksichtigung der faktisch fachlichen und politischen Vielfältigkeit und ohne die ihnen impliziten latenten und manifesten Konflikte untereinander zu leugnen.

- Der konstruktive Umgang mit dem permanenten Spannungsverhältnis von Gemeinsamkeiten und Differenzen der Kammermitglieder förderte die Entwicklung der Professionalität von PP und KJP, ihrer Rollen und der Psychotherapie - siehe z.B. die verfahrensübergreifenden und interdisziplinären Veranstaltungen.
- Anknüpfend an die erfolgreiche Aufbauarbeit der Kammerstrukturen des 1. Vorstandes sollten die Weiterentwicklung und Konsolidierung schlanker und effizienter Organisations- und Verwaltungsstrukturen kritisch vorgenommen werden, um den ständig zunehmenden Anforderungen und Aufgaben - zentral bedingt durch die fortschreitende Institutionalisierung der neuen Heilberufe - an die PP und KJP gerecht zu werden – siehe z.B. den Bericht der Geschäftsstelle.

Im engeren Sinn war Vorstandsarbeit zum einen: Koordination der Ressorts; zum anderen fachliche und berufspolitische Fokussierung, Planung, Abstimmung / Positionierung und Profilierung nach Innen, in die Profession, in die Delegiertenschaft der Kammer und die Mitglieder, zu anderen (Heilberufe-) Kammern, BPtK und nach Außen, zu den relevanten Institutionen der Berliner Gesundheitspolitik, KV und Krankenkassen. Besondere Bedeutung haben die Beziehungen zu den Fach- und Berufsverbänden, zu den Ausbildungsstätten, Hochschulen und Universitäten in Berlin.

Der Vorstand ist ein Entscheidungsgremium. Die Umsetzung der getroffenen Beschlüsse obliegt in der Regel der Geschäftsführerin Frau

Struck bzw. der Verwaltung; Risiken / (finanzielle/juristische) Folgeabschätzungen müssen bedacht, evtl. müssen Beschlüsse revidiert werden. Die Geschäftsführerin und eine Assistentin nehmen an den Vorstandssitzungen teil. In den der Vorstandssitzung folgenden Präsidiumssitzungen (Geschäftsführerin,

Assistenz, Vizepräsidentin, Präsident) stehen die Umsetzung der Vorstandsbeschlüsse und die Führung der Kammergeschäfte im Mittelpunkt.

Die enge Verzahnung von Geschäftsführung und Vorstand und ein überdurchschnittliches Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mit-

## Präsident Michael Krenz

Meine Aufgabe als Präsident bestand zum einen darin, die mit dem Vorstand vereinbarten oder beschlossenen Vorhaben und Perspektiven zu konzeptionalisieren und zu koordinieren und ggf. mit der Geschäftsführerin umzusetzen, zum anderen war mir die Entwicklung und Begleitung von besonderen Aufgaben sowie der Vertretung der Kammer nach Außen und Innen ein zentrales Anliegen. Dazu gehörten unter anderem die fachliche und strukturelle Entwicklung und Implementierung eines, den neuen Heilberufen PP und KJP angemessenen Beschwerdemanagements und einer niedrigschwelligen, auch anonym in Anspruch zu nehmenden Ombudsstelle für Patientinnen und Patienten, Angehörige und Kammermitglieder sowie die fachliche Entwicklung und Realisierung wichtiger innovativer (fachübergreifender) Projekte (Kooperation mit der Zahnärztekammer - Patientenberatung „Seele und Zähne“, KJHG-Standards, etc.).

Gleichzeitig ging es immer wieder darum, Belange von außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft unserer Professionen und der Patientinnen und Patienten in Projekten umzusetzen. Dieser Schwerpunkt der Präsidententätigkeit war z.B. die juristische Analyse, Zusammenstellung und Beschreibung relevanter gesetzlicher Grundlagen in den Sozialgesetzbüchern I-XII für mögliche zukünftige zu differenzierende psychotherapeutische Tätigkeiten außerhalb der Richtlinien, z.B. in der Reha, im KJHG, im Bereich der Berufsgenossenschaften zu beauftragen. Herr Prof. Dr. jur. Nothacker übernahm dankenswerterweise diese juristische „Basisarbeit“ für die fachliche Konzeptualisierung psychotherapeutischer Interventionen und die damit verbundenen interdisziplinäre Netzwerkentwicklungen. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt mittlerweile als 1. Band der Schriftenreihe der Kammer vor und bildet eine zentrale Grundlage für die inhaltliche und finanzielle Absicherung der Arbeit mit Familien, Kindern und Jugendlichen im institutionellen Bereich, im Übergang zur sowie für Psychotherapie in der Niederlassung.

Vorarbeiten zur Sicherung und Erschließung von neuen Arbeitsfeldern und Versorgungsformen, insbesondere für unsere neu approbierten Kolleginnen und Kollegen, die Mitarbeit in entsprechenden Gremien und die Vertretung unserer Interessen dort spielte für mich in der gesamten Legislatur eine wesentliche Rolle. Dazu gehörte auch die Förderung der PiA und deren Unterstützung ihrer Forderung nach Bezahlung der „Praktischen Tätigkeit“ in den Kliniken und die Unterstützung der Ausbildungsinstitute. Es ist z.B. gelungen, günstige Bedingungen für Ausbildungskredite für PiA in Zusammenarbeit mit der Apotheker- und Ärztebank auszuhandeln.

Eine ständig zunehmende Bedeutung hatte für mich die fachliche und berufspolitische Erarbeitung von Beiträgen zur Reform der Ausbildung im Zusammenhang mit dem Forschungsgutachten und im Zuge der sich beschleunigenden, permanenten Gesundheitsreformen in Diskussion und Absprache mit dem Vorstand und den Juristinnen und Juristen. Auch hier ist die Arbeit der Berliner Kammer in diversen Gremien erfolgreich eingebracht worden.

Ich förderte und unterstützte die Arbeit der Ressorts, so dass ich hier darauf verzichten konnte, sie noch einmal darzustellen, sie findet sich in allen Bereichen wieder und wird dort dargestellt.

arbeiter haben zum Erfolg der Kammerarbeit wesentlich beigetragen.

Nach der Wahl des Vorstandes und der ersten ganztägigen Vorstandsklausurtagung im Januar 2006 gliederten und konkretisierten die Vorstandsmitglieder die Kammerperspektiven anhand der berufs-, standes- und gesundheitspolitischen und fachlichen Aufgaben und Ziele der 2.

Legislatur und ordneten sich die Ressorts und Ausschüsse personell zu.

Aus der Mitte der Delegiertenversammlung heraus wurden die bereits genannten Ausschüsse gegründet, die sich vertieft und kontinuierlich mit bestimmten Fragestellungen beschäftigten und dabei insbesondere die Delegiertenversammlung und den

Vorstand bei der Meinungsbildung unterstützten. Ausschüsse sind fachlich und politisch wichtige Schnittstellen im Spannungsfeld von Legislative = Delegiertenversammlung und der Exekutive = geschäftsführender Vorstand und Geschäftsstelle.

Es folgt die Beschreibung der „Personalunion“ von Vorstandressort und Ausschuss:

## Vizepräsidentin Dorothee Hillenbrand Ressort „Berufsordnung, Ethik, Menschen- und Patientenrechte“

Nach ihrer Wahl im August 2008 zur Vizepräsidentin behielt sie den wesentlichen Teil ihrer bisherigen Aufgaben als Vorstandsmitglied (im September 2005 gewählt), Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen (außerhalb des GKV-Systems), Berufsordnung, Ethik, Menschen- und Patientenrechte. Nach ihrer Wahl im August 2008 übernahm sie die Vertretung des Präsidenten, das Finanzressort, Notfallpsychotherapie/Psychotherapie nach Großschadensereignissen und die Redaktion des Berliner Rundbriefes – zuständig für den **Ausschuss** –

### „Berufsordnung, Ethik, Menschen- und Patientenrechte“

Bericht von Eva Schweitzer-Köhn,  
Sprecherin des Ausschusses

„Zu Beginn dieser Legislaturperiode (Herbst 2005) hatte sich der Ausschuss (noch mit Herrn Dr. Erwin Kaiser als Sprecher) mit dem Entwurf der Musterberufsordnung der BPTK zu befassen. Es wurden Empfehlungen für die Bundesdelegierten zur Diskussion und Abstimmung beim DPT 2006 in Dortmund erarbeitet. Kontrovers wurde die Frage der Abstinenz nach Abschluss der psychotherapeutischen Behandlung diskutiert: soll ein bestimmter Zeitraum in der Berufsordnung festgeschrieben werden, in dem private Kontakte, vor allem sexuelle Beziehungen, zwischen Psychotherapeutin bzw. Psychotherapeut und Patientin oder Patient nach Beendigung der Behandlung grundsätzlich zu unterbleiben haben? Der Ausschuss entschied sich für die Formulierung ohne konkrete Zeitbegrenzung und verwies auf den bereits formulierten berufsethischen Kommentar zu dieser Frage. Dieser erhielt eine konkretisierende Ergänzung, bei der die Verantwortung der Psychotherapeutin bzw. des Psychotherapeuten für berufsethisch einwandfreies Verhalten betont wurde und auf die Beachtung verschiedener Kriterien wie Art der Behand-

lung, Länge der Behandlung, Zustand der (ehemaligen) Patientin oder des Patienten usw. hingewiesen wurde, über die sich die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut bei privaten Kontakten mit ehemaligen Patientinnen oder Patienten Rechenschaft abzulegen hat.

Nachdem die Musterberufsordnung (MBO) verabschiedet war, war die Berliner Berufsordnung der MBO anzupassen. Dies wurde vom Ausschuss realisiert unter Berücksichtigung von Besonderheiten der Berliner BO, die in der MBO nicht vorkamen, z.B. das Verbot, im Zusammenhang mit der psychotherapeutischen Praxis Waren gewerblich abzugeben. Um tatsächlich in der Kammer vorkommende Beschwerden bei der Novellierung der BO zu berücksichtigen, wurde ein Gespräch mit dem Untersuchungsführer der Kammer (Berufsaufsicht) Herrn Richter i.R. Heinze, anberaamt, der darin äußerte, er könne mit der Berufsordnung ‚gut leben‘.

In der 16. DV im März 2006 trat Herr Dr. Kaiser vom Amt des Ausschussprechers zurück und Frau Eva Schweitzer-Köhn wurde zur Ausschusssprecherin gewählt.

Nach Verabschiedung der neuen BO in der 19. DV am 30.11.2006 wurde

eine Veranstaltung zum Thema „Eine Berufsordnung – wozu?“ für die Kammermitglieder geplant, die am 2. Juni 2007 in Räumen der FU stattfand. Nach einer Einführung durch die Ausschusssprecherin Eva Schweitzer-Köhn und einen Vortrag des Kammerpräsidenten Herrn Krenz zum Beschwerdemanagement der Kammer fanden zwei Workshops statt. Im Workshop für angestellte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wurden mögliche Konflikte zwischen Berufsrecht und Dienstrecht durch RA Jörn Gleiniger thematisiert und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert. Für den Workshop für in psychotherapeutischer Praxis niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wurde Frau Inge Berns als Referentin gewonnen. Vor allem Fragen zum Bereitstellungshonorar, was tun, wenn die Patientin oder der Patient die Rechnung nicht bezahlt, Telefonanrufe während der Behandlungsstunden, Tiere im Behandlungszimmer wurden besprochen und dabei immer auf die vier ethischen Prinzipien hingewiesen, die unserer Berufsordnung zugrunde liegen (§ 3, abs. 2 der BO), da die Berufsordnung und auch diese Veranstaltung nicht alle Einzelfragen klären kann. Im Zweifel solle man sich auf die vier berufsethischen Prinzipien besinnen und eine Abwägung vornehmen und

diesen Prozess am besten auch dokumentieren. Die Veranstaltung war mit ca. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht.

Dann erstellte der Ausschuss zwei verschiedene Merkblätter:

- Ein Merkblatt informiert Patientinnen und Patienten über Ihre Rechte im Rahmen psychotherapeutischer Behandlungen. Es ist zur Weitergabe an Patientinnen und Patienten gedacht, kann in psychotherapeutischen Praxen oder anderen Institutionen ausgelegt werden oder bei Fragen von Patientinnen und Patienten an die Kammer verwendet werden. Es ist auch auf der Homepage der Kammer unter Patienteninfo zugänglich.
- Ein zweites Merkblatt befasst sich mit der „Vorsorge von Praxisinhaberinnen und Praxisinhabern für den Fall des persönlichen Unvermögens“. Dieses Merkblatt ist als Service für Praxisinhaberinnen und Praxisinhaber gedacht, stellt eine Checkliste und Musterformulare zur Regelung dieser berufsrechtlichen Pflicht zur Verfügung.

Eine langwierige Diskussion nahm das Thema der Praxisverkäufe in Anspruch. Konsens besteht im Ausschuss darüber, dass die derzeitige Situation mit ständig steigenden Verkaufspreisen für psychotherapeutische Kassenpraxen in Berlin nicht hinnehmbar ist, dass mit Maximalpreisen, die sich nur aus der Verknappung der Kassensitze durch die Bedarfsplanung ergeben, die Notlage der jungen Kolleginnen und Kollegen, die für die Aufnahme einer Tätigkeit im Rahmen der GKV auf einen Kassensitz angewiesen sind, ausgenutzt wird. Das ist unkollegial und unethisch. Keine Einigkeit konnte im Ausschuss darüber erzielt werden, welche Konsequenz daraus zu folgen hat. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder verfasste eine Stellungnahme, in der gefordert wird, den immateriellen Wert einer Praxis grundsätzlich mit 0 anzusetzen, da mit dem Praxisverkauf nur verschleiert werde, dass es eigentlich um den Verkauf der Zulassung gehe. Verkäuflich seien ledig-

lich materielle Güter, wie Praxisausstattung, Computer, Bücher, Möbel. Dem wurde in einem Minderheitenvotum entgegengehalten, dass der Aufbau einer psychotherapeutischen Praxis durchaus mit Zeit, Geld und Mühen verbunden sei und die Praxisübernehmerinnen bzw. -übernehmer hier durchaus einen Wert übernehmen, der einen Preis rechtfertige. Allerdings müsse der Verkaufspreis auf den Verkehrswert begrenzt werden. Der Verkehrswert ist nach verschiedenen bereits vorhandenen Berechnungsmodellen berechenbar. Außerdem diene die Weitergabe von Kassenpraxen dem Eigentumsschutz. Wenn kein schützenswertes Eigentum vorhanden sei, entfalle der notwendige Eigentumsschutz und die Zulassungen würden abgeschmolzen bis auf einen Versorgungsgrad von 110% (Berlin ist derzeit nominell zu 160% überversorgt). Die 0-Wertforderung gefährde somit den Bestand der Zulassungen. Diesen Argumenten mochte die Ausschussmehrheit nicht folgen.

Einig war sich der Ausschuss beim Thema Verbot der Beteiligung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten an Foltermaßnahmen. Es wurde ein Antrag an die DV vorbereitet, das Verbot der Beteiligung an Folter in jeglicher Form, auch in der Erforschung, in der Berufsordnung zu verankern. Die 27. DV stimmte diesem Antrag am 26. März 2009 zu: die BO wurde ergänzt um § 3 Abs. 4: Verbot der Beteiligung an Folter.

Darüber hinaus wurden vom Ausschuss Beiträge zur „Vision 2015“ der BPTK und zu den „Perspektiven 2011“ (Eckpunktepapier) der Berliner PTK verfasst. Darin wurde die Notwendigkeit des Schutzes des vertrauensvollen Arbeitsbündnisses zwischen Patientinnen bzw. Patienten und Therapeutinnen bzw. Therapeuten betont. Die Kammer solle sich für die Aufklärung und Entstigmatisierung der Patientinnen und Patienten einsetzen. Dringend sollte sich die Kammer mit den Konsequenzen der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für die psychotherapeutische Behandlungssituation auseinandersetzen.

Insgesamt war es eine inhalts- und ertragreiche Arbeit im Ausschuss in dieser Legislaturperiode. Nachdem die notwendigen Regelungen (Berufsordnung) bestehen, kann sich der Ausschuss vermehrt Serviceleistungen (Merkblätter) für Kammermitglieder widmen sowie aktuellen berufspolitischen Ereignissen, die die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und ihre Patientinnen und Patienten oder die Bedingungen für die Durchführung der Psychotherapie tangieren (wie z.B. Praxisverkäufe oder die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte).“

*Dorothee Hillenbrand:*

Ergänzend zum Bericht der Ausschuss sprecherin Frau Eva Schweizer-Köhn in dem ich als Vorstandsmitglied mitgearbeitet habe, war ein Schwerpunkt meiner Tätigkeit die Mitarbeit im "Arbeitskreis Menschenrechte", einem Zusammenschluss aus Vertreterinnen und Vertretern von Beratungs- und Behandlungszentren für Flüchtlinge und rechtsanwaltlich Tätigen. Die in der ersten Legislaturperiode begonnene Zusammenarbeit mit der Berliner Ärztekammer und dem Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer und der Beratungsstelle für politisch Verfolgte "Xenion" zur gemeinsamen Durchführung von curricularen Fortbildungen zur "Gutachtenerstellung bei psychoreaktiven Traumafolgen bei Erwachsenen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren" wurde fortgeführt. Neben dieser Fortbildung wurden auch Ergänzungsveranstaltungen zur Behandlung und zur Begutachtung traumatisierter Flüchtlingskinder und -jugendlicher durchgeführt.

### **Notfallpsychotherapie und Psychotherapie nach Großschadensereignissen**

Zur Fussball-WM 2006 wurde ein Bereitschaftsdienst aus Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich Notfallpsychotherapie/Akutversorgung tätig sind und zuvor an einer von der PTK initiierten Fortbildung teilgenommen hatten, unter Federführung der damaligen Vizepräsidentin Renate Mrazek organisiert. Auf der Grundlage des 2008 verabschiedeten "Konsensuspapier für die Psychosoziale Notfall-



versorgung", an dem alle wichtigen Akteure und Institutionen (u.a. die BPTK) mitgearbeitet haben, kontaktierte die Kammer die zuständigen Stellen in der Senatsverwaltung, um ihre Strategie mit den bestehenden Hilfen und Zuständigkeiten möglichst effizient abzustimmen. Es werden weitere Fortbildungen angeboten werden und Kontakte zu den Senats-

verwaltungen, dem Berliner Krisenstab und den im Bereich Psychosozialer Notfallversorgung tätigen Organisationen ausgebaut werden. Aktuell bereiten wir eine Fortbildungsveranstaltung vor, um den Kolleginnen und Kollegen, die bereits im Bereich Notfallpsychotherapie arbeiten, die Möglichkeit zur Auffrischung der Kenntnisse zu ermöglichen und auch für

"die Notfälle im Praxisalltag" zu qualifizieren. Darüber hinaus wollen wir Kontakte zu Institutionen und Verbänden verstärken, die für ihre Mitglieder oder Beschäftigten Psychotherapie als Leistungen anbieten wie Berufsgenossenschaften, DRK, Feuerwehr u.a.

## Vorstandsmitglied Christiane Angermann-Küster Ressort „Psychotherapie in Institutionen“

Zentrale Aufgabe war es, in der Kammer den Belangen der Kolleginnen und Kollegen, die im institutionellen Rahmen arbeiten, den Stellenwert zu geben, der ihm proportional zu den Mitgliederzahlen zusteht. Dies ist im Wesentlichen gelungen – Detailliertes dazu im Bericht des Sprechers des Ausschusses. Themenbereiche waren insbesondere: Vergütungsfragen, Tätigkeitsmerkmale der Angestellten, Fragen des Spannungsverhältnisses zwischen Dienst- und Berufsrecht, Fortbildungsfragen im Zusammenhang mit Zertifizierung und besonderen Bedarfssituationen, Ausarbeitung von wichtigen Rechtspositionen für Kolleginnen und Kollegen im institutionellen Bereich in öffentlicher und freier Trägerschaft (Schweigepflicht, Berufsordnung etc.), besondere Belange der Arbeit an den Schnittstellen von Jugendhilfe, Gesundheit und Soziales, Unterstützung der Entwicklung von entsprechenden Netzwerken (z.B. Mitarbeit im Netzwerk Kinder psychisch kranker Eltern - Service-Telefon und Psych-Info der Kammer – zuständig für den **Ausschuss** –

### „Psychotherapie in Institutionen“

*Bericht von Christian Remmert, Sprecher des Ausschusses:*

„Der Ausschuss Psychotherapie in Institutionen wurde erst gegen Ende der letzten Legislaturperiode gegründet und begann so mit seiner eigentlichen Tätigkeit erst in dieser ablaufenden Legislatur. Im Rahmen der zu Beginn der Ausschussarbeit notwendigen Standort und Begriffsbestimmung wurde schnell deutlich, dass Psychotherapie in Institutionen mehr ist, als der Einsatz psychotherapeutischer Verfahren und Methoden in einer Institution. Vielmehr weisen PP und KJP in Institutionen eine über die eigentliche psychotherapeutische Methodenkompetenz hinausgehende, von der psychotherapeutischen Ausbildung befruchtete Fähigkeit auf, mit den vielfältigen Problemen innerhalb einer Institution umzugehen und Lösungen voranzutreiben. Stichwörter sind hier: Vernetzungskompetenz, kommunikative und mediative Fähigkeiten, Empathie und die Fähigkeit, eine psychotherapeutisch wirksame Struktur und Atmosphäre in der Institution zu schaffen.

Dass Psychotherapeutinnen und Psy-

chotherapeuten aus unterschiedlichsten Institutionen diese Fähigkeiten mitbringen, zeigt sich beispielhaft am erstklassigen Funktionieren des Ausschusses. Die Teamfähigkeit der Ausschussmitglieder einschließlich Vorstandsmitglied, verbunden mit der Leidenschaft für das Thema und der gemeinsamen Auffassung, Gremien nicht als Bühne zur Selbstdarstellung zu missbrauchen, ermöglichte die effektive und konstruktive Arbeit an einer Vielzahl von Themen.

So konnten wir in enger Abstimmung mit dem Vorstand und mit Unterstützung der Geschäftsstelle den Landespsychotherapeutentag zum Thema „Besonderheiten psychotherapeutischer Kompetenz im institutionellen Rahmen“ vorbereiten, der am 8. Februar 2008 sehr erfolgreich stattfand. Der Kongress zeigte Chancen auf, wie Psychotherapie in Institutionen zu stärken ist, von der Klärung wichtiger rechtlicher Fragen (Berufs- vs. Dienstrecht), Ausbildungsfragen (Musterarbeitsvertrag für PiA), Fragen der Institutionsentwicklung (Privatisierung und Ökonomisierung) bis hin zur Weiterentwicklung bestehender (Rehabilitation) und Erschließung neuer Tätigkeitsfelder (Notfallpsychotherapie).

Zum Teil griffen wir diese Themen in der Entwicklung der „Perspektiven 2011“ (Eckpunktepapier) auf, in der wir die Aufgaben und Ziele der Kammer für die zukünftige Förderung von Psychotherapie in Institutionen darlegten. Neben der Arbeit an wesentlichen Verbesserungen in der Rechtsstellung der PP und KJP in Institutionen und der hiermit verbundenen politischen Lobbyarbeit, erscheint uns die Mitgestaltung von neuen Formen der institutionellen Versorgung und die Integration wichtiger Inhalte der Psychotherapie in Institutionen in die Ausbildung zukünftiger PP und KJP (z.B. durch Verbundausbildungen) zentral.

Bezüglich der oft beklagten Arbeits- und Lernbedingungen der PiA engagierten wir uns auf verschiedenen Ebenen. Neben der Mitwirkung an einem Musterarbeitsvertrag, auch in Kooperation mit ver.di, formulierten wir Fragen zur Ausbildung an die Ausbildungsinstitute und diskutierten Modelle, die Institutionen stärker in die Ausbildung einzubeziehen.

In einem Artikel legten wir dar, welche Chancen – neben mühsamer Arbeit – auch für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einer Mitwirkung in den Qualitätsmanagement-

systemen ihrer Institutionen liegen. Ein weiterer Artikel beschäftigte sich mit der Einkommenssituation angestellter und selbständiger PP und KJP, die häufig zu pauschal diskutiert wird.

Einen wesentlichen Erfolg konnte der Ausschuss in Zusammenarbeit mit Frau Angermann-Küster durch den Einbezug von Institutionen in das „Servicetelefon“ erreichen; die Gestaltung der Datenbank wurde so beeinflusst, dass Patienten auch die Möglichkeit haben, für ihr Problem passende institutionelle Versorgungsangebote zu finden.

Die Umsetzung der Fortbildungsordnung, insbesondere die Details des „Punkteerwerbs“, hatten bei vielen PP und KJP in Institutionen Befürchtungen geweckt, die der Ausschuss nach intensiver Bearbeitung der Materie mit der Geschäftsstelle und Vertretern des Ausschusses für Fort-, Aus- und Weiterbildung und dem zuständigen Vorstandsmitglied durch seine Informationspolitik mit abbauen konnte. Zuletzt konnte der Ausschuss hier ein rundum positives Fazit ziehen: Probleme mit der Umsetzung der Fortbildungsordnung für PP und KJP in Institutionen gibt es nicht (mehr).

Der Ausschuss beschäftigte sich darüber hinaus mit einer Vielzahl von weiteren Themen, die hier nicht alle ausführlich beschrieben werden können, sodass Stichworte genügen müssen: Anfragen angestellter Kollegen, Themen der BPTK, Rechtliche Fragen (Schweigepflicht, Veränderungen im Strafvollzug und den zugehörigen Gesetzen), Kinder psychisch Kranker, Bündnis gegen Depression, Arbeitsbereiche von PP und KJP.

Der Ausschuss wies eine bemerkenswerte Konstanz in seiner Zusammensetzung auf. Bei allen Teilnehmern möchte ich mich ganz herzlich für ihre konstruktive Mitarbeit und ihr Engagement bedanken.“

#### *Christiane Angermann-Küster:*

Zu allen geschilderten Themenkomplexen war individuelle Mitgliederberatung erforderlich und wurde von mir geleistet. Zusammen mit dem Aus-

schuss wurde der erste Angestellten-tag (4. Landespsychotherapeutentag) durchgeführt und als regelmäßig wiederkehrende Veranstaltung im Abstand von zwei Jahren geplant. Entsprechend der Vielfalt der Arbeitsfelder im institutionellen Bereich war auch diese Arbeit vielfältig und bunt. Besonders wichtig ist mir, dass in der Regel die Zusammenarbeit sehr gut war; offenbar macht sich hier bemerkbar, dass die Kolleginnen und Kollegen im institutionellen Rahmen viel Teamerfahrung haben und zur fachlichen Qualifikation die wertschätzende Arbeit von Kollegen und Kolleginnen mit unterschiedlicher Fachkunde gehört.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich war die Weiterentwicklung und Umstrukturierung des Servicetelefons und meine Mitarbeit bei der Überarbeitung des Suchdienstes Psych-Info. Beim Servicetelefon ging es darum, sowohl für Ratsuchende als auch für Professionelle ein gutes und übersichtliches Angebot bereitzuhalten. Hier ist ein aktuelles Angebot entstanden, dass durch die Vernetzung mit dem Online-Suchdienst Psych-Info auf dem neuesten Stand ist. Es geht immer darum, sowohl an die in der Versorgung beteiligten freien und öffentlichen Träger als auch an die niedergelassenen PP und KJP zu vermitteln. Dabei spielen die speziellen Angebote der freien und öffentlichen Träger eine wichtige Rolle, die außerhalb des gesetzlichen Versorgungssystems Angebote vorhalten.

Des Weiteren hatte ich die Verantwortung für zwei curriculare Fortbildungen, die die Kammer wegen der Unterversorgung in diesem Bereich initiiert hat. Hervorzuheben ist hier eine curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings und Kleinkindpsychotherapie, die besonders für den Bereich Kinderschutz und Prävention von Bedeutung ist. Der erste Kurs ist erfolgreich angelaufen und wird mit einer international anerkannten Zertifizierung abschließen.

Die Interessen der Berliner Kammerangehörigen wurden von mir in der bundesweiten Forensik-Kommission vertreten. Hier ging es vor allem darum, einen Rahmen für ein Curriculum zur Gutachtenerstellung (im familiengerichtlichen Verfahren, für Bereiche

des Strafvollzuges, bei Glaubwürdigkeitsgutachten etc.) zu schaffen. Die Kammer will hier im Bereich der Qualitätssicherung zertifizierte Fortbildungen einrichten und prüft zurzeit, ob dies mit einem ankündigungsfähigen Titel verbunden werden kann. Zumindest wird es darum gehen, qualitätsgesicherte Anbieter-Listen zu führen und den Gerichten zugänglich zu machen. Die Rahmenbedingungen sind geschaffen; in der nächsten Legislaturperiode wird es darum gehen, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

#### **Servicetelefon**

Das Servicetelefon – ein Telefondienst der Kammer, der bei der Suche nach Therapeutinnen und Therapeuten behilflich ist - besteht seit Juli 2004. Im Berichtszeitraum wurden unter Verantwortung von Frau Angermann-Küster als zuständigem Vorstandsmitglied in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsreferentin grundlegende Änderungen an diesem Service vorgenommen. Die Telefonberatung wurde professionalisiert und die Selbstauskünfte der Kolleginnen und Kollegen auf einen vereinfachten, aber qualitätsgesicherten Standard umgestellt. In diesem Zusammenhang haben wir unseren Beitritt zur Internet-Datenbank Psych-Info beschlossen. Dies hat u. a. den Vorteil, dass unsere Kolleginnen und Kollegen ihre Daten jederzeit selber aktualisieren können und wir bei den Beratungsstellen und anderen psychosozialen Einrichtungen auf aktuelle Daten zurückgreifen können. Zudem können Mitglieder, Einrichtungen sowie Patientinnen und Patienten unabhängig von den Telefonsprechzeiten des Servicetelefons jederzeit selbständig nach PP und KJP suchen. Im Juli 2007 konnte dann nach intensiver Vorarbeit auf die Internet-Datenbank [www.psych-info.de](http://www.psych-info.de) umgestellt werden. Die telefonischen Sprechzeiten (zweimal wöchentlich) und die Zielsetzung des Servicetelefons sind unverändert geblieben. Es werden weiterhin Adressen von PP und KJP vermittelt und Informationen zu therapiebezogenen Fragen gegeben, aber keine telefonische Therapieberatung angeboten. Wöchentlich melden sich ca. 40 - 50 Anrufende per Telefon, die meist auch Informationsbedarf vor

Aufnahme einer Therapie äußern. Unsere Telefonnummer haben sie häufig von ärztlichen oder psychotherapeutischen Fachkräften oder Beratungseinrichtungen erhalten. Oft müssen die Anrufenden ermutigt werden, bei der Suche nach einem freien Therapieplatz nicht aufzugeben oder werden in akuten Krisen auf die Berliner Krisendienste bzw. die Beratungsstellen in den Bezirken und Kliniken hingewiesen.

Auch Mitglieder wenden sich an das Servicetelefon, z.B. wenn sie Probleme haben, sich in Psych-Info einzuloggen oder ihre Daten einzupflegen. Ca. 10% der Anfragen kommen von Mitgliedern, die für ihre Patientinnen und Patienten anrufen, Fachleuten aus Krankenhäusern und Beratungsstellen oder der Einzelfallhilfe. Besonders nachgefragt ist die Möglichkeit der Sortierung nach Sprache, die sowohl von einschlägigen Fachdiensten als auch von Patientinnen und Patienten und deren Angehörigen in Anspruch genommen wird.

Am Servicetelefon arbeiten zwei Psy-

chologinnen als Hilfskräfte unter fachlicher Anleitung und Supervision des zuständigen Vorstandsmitgliedes, Frau Angermann-Küster.

### Psych-Info

Im Jahr 2007 ist die Kammer dem Internet-Suchdienst [www.psych-info.de](http://www.psych-info.de) der Psychotherapeutenkammern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beigetreten. Zwischenzeitlich hat sich auch das Saarland angeschlossen, mit der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer befinden wir uns in Beitrittsverhandlungen. Die Mitglieder dieser Kammern können ihre psychotherapeutischen Angebote unterschieden nach Qualifikationsmerkmalen, Tätigkeitsschwerpunkten, Institutionen, Verfahren, GKV-Leistungen, Erreichbarkeit, Fremdsprachenangeboten etc. in eine Datenbank eintragen und im Internet bereitstellen. Etwa 1.800 Berliner Kammermitglieder, von denen ca. fünf Prozent in Institutionen arbeiten, nehmen das Angebot wahr und neue Einträge werden kontinuier-

lich freigeschaltet. Ein qualifizierter und engagierter Systemadministrator der Hamburger Kammer sorgt u. a. für die Funktionsüberwachung, die Datensicherung, Fehlerbeseitigung. Psych-Info ist erfolgreich: seit 2007 verzeichnen wir eine kontinuierliche Zunahme der Suchläufe um fast 30%. Frau Angermann-Küster als zuständiges Vorstandsmitglied hat in der überregionalen Arbeitsgruppe aller beteiligten Länder mitgearbeitet und wesentlich an der Verbesserung mitgewirkt. Es ging unter anderem darum, die Suchbegriffe sinnvoller zu verknüpfen, z.B. dadurch dass Basiswissen und Basiskompetenzen aller Approbierten über eine Anfrage nicht gesondert eingegeben werden müssen, sondern entsprechenden den ICD-Ziffern F00-F99 mit jedem Mitglied verknüpft werden. Krankheitsbegriffe und Suchanfragen konnten so systematisiert und vereinfacht werden. Des Weiteren war es Frau Angermann-Küster ein zentrales Anliegen, freie und öffentliche Träger in dem System repräsentiert zu wissen.

## Vorstandsmitglied Heinrich Bertram Ressort „Öffentliche psychotherapeutische Versorgung“

Psychotherapeutische Versorgung von Psychiatriepatienten/Psychotikern, älteren Menschen, Bündnis gegen Depression, Versorgungsstudie, KJHG, freie PP außerhalb der GKV-Versorgung und der Institutionen, Gesundheit Berlin e.V., Kooperation mit ZÄK, Selektivvertragsgestaltung in der Psychiatrie – zuständig für den **Ausschuss** –

### „Öffentliche psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung“

Bericht des Ausschusssprechers  
Gerd Pauli

#### Arbeitsthemen (Fachdiskussion)

- Diskussionen zur Anpassung psychotherapeutischer Leistungen an dringende, nicht von der Hand zu weisende Versorgungsbedarfe, Thema hier vor allem: praxisorientierte Veränderungsstrategien (s. auch unter-, über-, fehlversorgte psychotherapeutische Bereiche (DGPPN))
- Abbau integrierter Versorgungsansätze einerseits - andererseits ist der Bereich ein Zukunftsthema:
  - ÖGD-Reformgesetz ÖGD-Halbierung: von über 2.000 auf 900 Stellen?! „Sozialamt 2005“

- sog. Zielvereinbarung / Kürzungen im KJHG-Bereich: TWG, Beratungsstellen, Neuhland, Legasthenie-Zentrum, Praxis der Ablehnung KJHG Hilfen, obwohl Hilfen nicht Kann-Bestimmung sind sondern Soll-Bestimmung bis 21 Jahre bzw. bis 25 Jahre – fachpolitische Einflussnahme
- Notfallpsychotherapie/Großschadensereignisse entstehendes PSU-Konzept (Rahmenvereinbarung) entsprechender AG unter SenInn und SenGesUV. Thema und Ergebnis des Ausschusses ÖV: 2007: Erarbeitung eines Fragenkatalogs zur Beteiligung der Berliner Psychotherapeutenkammer bei der Bewältigung von Großschadensereignissen (GSE) im Hinblick auf eine psychosoziale Notfallversorgung

(PSNV) und Einbindung in ein systematisches Konzept zur psychosozialen Unterstützung (PSU)

- Strafvollzug und Forensik als „Wachstumsbranche“? - Auslagerung von Plätzen im stationären in den ambulanten Bereich aufgrund von Platzmangel  
Ziel: Beteiligung der Psychotherapeutenkammer an Landespsychiatriebeirat / neue Einflussnahme der Psychotherapeutenkammer
- integrierte Versorgung von Migranten
- Konsequenzen aus der Selbsthilfetagung „Angst, Depression, Selbsthilfenetzwerk“ in der KV Berlin
- Kritik an Ausrichtung der Psychotherapeutenkammer und folgenden Beitragserhöhungen
- Ausschussklausur / Werkstattge-

sprach zur Entwicklung von „(Denk-)Anstößen zur Veränderung der psychotherapeutischen Versorgung aus der Perspektive der ambulanten psychiatrischen Versorgung“ - raus aus der „Appendixfunktion“ der Psychotherapeuten beim Thema Integrierte Versorgung (IV)

- Kritische fachliche Begleitung der beiden verschiedenen sich in Berlin entwickelnden IV-Modelle zur ambulante-psychiatrischen / (psychotherapeutischen???) Versorgung
- Diskussion einer Stellungnahme für das Ressort Öffentliche Versorgung zu den „Perspektiven 2011“ (Eckpunktepapier).

### Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses

Umsetzung von Empfehlungen der FOGS Kammerstudie „Ambulante psychotherapeutische Versorgung von psychotischen Menschen sowie älteren Menschen in Berlin“ als Arbeitsthema

1. Bündnis gegen Depression als ein Hauptthema des Ausschusses **Ergebnis:** Gerd Pauli und Heinrich Bertram entwickelten aktive Beteiligung (fachliche Verknüpfungen/ neue Zusammenarbeit) der Kammer am **Aufbau des „Berliner Bündnis gegen Depression“** - Planung/Durchführung einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung 2006 und **Bildung** einer daraus gebildeten übergreifenden bis heute arbeitenden **Landes-AG** zur Bestandsaufnahme - Patientenbefragung zu Versorgungsbedarfen / Öffentlichkeitsarbeit etc. als Fortsetzung der Infokampagne der Psychotherapeutenkammer.  
**Ziel:** Bildung **eines Versorgungsnetzwerks aller Versorger**

2. Initiative über Herrn Pauli und Herrn Bertram zur Verbesserung der Psychosebehandlung in regionaler Zusammenarbeit verschiedener Träger der stationären und ambulanten Versorgung  
**Ergebnis:** Gründung einer übergreifenden Arbeitsgruppe zur **Erar-**

**beitung eines Konzepts zur Verbesserung der stationären und ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von psychotischen Menschen (Soteria - NAT), Erarbeitetes Rahmenkonzept**

**Ziel: praktische Umsetzung neuer Versorgungsstrukturen.“**

*Hr. Bertram:*

Maßnahmen zur Umsetzung der Ergebnisse der **FOGS-Studie** (FOGS = Name des wissenschaftlichen Instituts).

Ziel der Kammer ist es, die mangelhafte psychotherapeutische Versorgung von depressiven, psychotischen und persönlichkeitsgestörten Menschen zu verbessern.

Das „**Berliner Bündnis gegen Depression**“, dem die Kammer beigetreten ist, veranstaltete am 19.05.2006 eine Fachtagung unter dem Titel ‚Netzwerke bilden - Versorgungslücken schließen‘. Es wurde von den am 'Netzwerk der Depressionsbehandlung' beteiligten Gruppen und Einrichtungen eine Arbeitsgruppe gegründet, die die konkrete Organisation und Entwicklung des Netzwerks betreibt. Diese beschäftigt sich mit der Schaffung einer Schnittstelle zur Beratung und Behandlungsweiterleitung depressiv Erkrankter. Mit der Alice-Salomon-Hochschule und Frau Prof. Dech wird eine Befragung unter Betroffenen zu ihren Behandlungserfahrungen und -bedürfnissen durchgeführt.

Das Ressort arbeitet im **Berliner Symposium zur Psychosenpsychotherapie** mit. Als Rahmen dieses Symposiums wird ein Curriculum entwickelt, das sowohl berufsgruppenübergreifend als auch methoden- und settingübergreifend anzulegen ist.

Mit dem **Verein für Psychiatrie und seelische Gesundheit** wurde über die Organisation der Zusammenarbeit von PP und KJP mit den niedergelassenen Psychiatern und den psychiatrischen Institutionen mit dem Ziel der Entwicklung eines Netzwerkes zur Psychosenbehandlung gesprochen.

In drei Berliner Regionen (Bezirken) gibt es Netzwerktreffen (Qualitätszirkel). Der Verein hat mit der DAK einen IV-Vertrag zur Versorgung schwer psychisch gestörter Patienten zur Vermeidung von Krankenhauseinweisungen unter Einbezug von Sozialtherapie und psychiatrischer Krankenpflege geschlossen. Unter Beteiligung der Kammer wird über die Einbeziehung der Psychotherapie in diesen Vertrag verhandelt. Mit der Charité wird über eine Einrichtung zur psychotherapeutischen Behandlung von akuten Psychosen gesprochen (**Soteria**).

Auf Vorschlag des Kammervorstandes wurde Herrn Bertram von der Gesundheitssenatorin Frau Lompscher in den **Landespsychiatriebeirat** berufen. Er ist weiterhin

- Mitglied in der AG zur regionalen Bewertung des Berichtes der Obersten Arbeitsgruppe der Länder (AOLG) zur Lage der Psychiatrie.
- Mitglied in der AG zur Planung der psychiatrischen- psychosomatischen Krankenhausversorgung in Berlin.
- Mitglied in **Gesundheit e.V.**, dem Think-Tank des Berliner Gesundheitssystems.
- Mitglied des **regionalen Netzwerks Südwest, Kooperation von Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie, Jugendhilfe und Schule.**

## Vorstandsmitglied Dr. Renate Degner Ressort „Wissenschaft, Forschung, QS/QM und Neue Versorgungsformen“

Gemessen an meinen persönlichen Wahlstatements und den Wahlaussagen der Listenfraktion, die ich vertrete, kann ich mich jetzt zum Ende der Legislaturperiode doch zufrieden mit den „Erfolgen“ zurücklehnen. Obwohl es einige Zeit gedauert hatte, bis in den von mir vertretenen Ressorts „Wissenschaft, Forschung, QS/QM“ und (seit 2008) „Neue Versorgungsformen“ Denkprozesse und Diskussionsergebnisse in die Öffentlichkeit gelangten (s. Ausschussberichte). Da es sich bei den Ausschusstopen um wesentliche, zukunftsweisende und strukturgebende Themen der psychotherapeutischen Gesundheitspolitik handelte (Leitlinien, Evidenz, Qualitätssicherung unserer Arbeit, selektive Versorgungsverträge mit Krankenkassen etc.), weiß ich besonders zu schätzen, dass Kolleginnen und Kollegen unterschiedlichster therapeutischer Richtungen und Positionen konstruktiv zusammenfanden.

Schwierig, jedoch auch geistig und politisch bereichernd waren die wöchentlichen Vorstandssitzungen, deren Themenvielfalt und Entscheidungsherausforderungen die weitreichende Kompetenz der Kammer widerspiegeln. Von mir gesondert aufgegriffen wurden etwa: Medienpräsentationen unseres Berufsstandes (z.B. Quivive), Zusammenarbeit mit dem Institut für Sexualtherapie (noch in der Debatte), europäische Themen.

Da endlich (seit Herbst 2008) eine Wissenschaftliche Referentin die Kammerarbeit unterstützt, kann sie mir bei der Durchführung des Projekts „Bestandsaufnahme praxisnaher Psychotherapieforschung“ mit fundiertem Wissen zur Seite stehen. Im Sommer 2009 werden wir mit detaillierten Ergebnissen aufwarten. Denn für den Dialog zwischen Praktikerinnen und Praktikern und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie eine öffentlichkeitswirksame Legitimation unseres Berufsstandes gilt der Spruch: Tu Gutes und sprich drüber! – zuständig für die **Ausschüsse** –

### „Wissenschaft, Forschung und Qualitätssicherung“

Bericht des Ausschusssprechers  
Prof. Dr. Thomas Fydrich

#### Behandelte Themen:

1. G-BA Richtlinie zu den Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement. Zu diesem Thema organisierte der Ausschuss eine Veranstaltung am 4. Juli 2006 in den Räumen der Humboldt-Universität (Themen: QEP, QM in Kliniken, in Praxen für PP und KJP).
2. Methodenpapier des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie; dort besonders Hintergrund und Bedeutung des Schwellenkriteriums. Hierzu fand eine kammeröffentliche Sitzung am 8. April 2008 statt.
3. Diskussion aktueller Forschungsprojekte:
  - A) Behandlung von Panikstörungen (HU-Berlin)

- B) LAC-Studie der DGPT (Studie zur Evaluation der psychotherapeutischen Behandlung von lang andauernden Depressionen)
- C) Berliner Borderline Versorgungsstudie (BBV-Studie)

Zu diesem Thema fand im Rahmen des Landespsychotherapeutentages am 01.09.2007 eine Veranstaltung statt, in der die Projekte vorgestellt wurden.

4. Leitlinien in der Psychotherapie und Evidenzbasierte Psychotherapie (Text dazu wird erscheinen im Heft 2/2009 des Psychotherapeutenjournals)

#### Zukünftige Themen:

- Forschungskompetenzen praktischer Psychotherapeutinnen und -therapeuten
- Versorgungsforschung – PP und KJP als Forscher / Förderung der Versorgungsforschung
- Aktuelle Forschungsprojekte in Berlin

### „Neue Versorgungsformen“ Bericht des Sprechers Prof. Dr. Armin Kuhr

Dieser Ausschuss wurde von der Delegiertenversammlung der 2. Legislaturperiode 2006 neu geschaffen.

Das erste Jahr war weitestgehend der Orientierung gewidmet. Die Ausschussmitglieder arbeiteten sich in die relevanten Gesetze und Verordnungen ein und informierten sich über die Berliner „Versorgungslandschaft“ – was sich als außerordentlich schwierig erwies.

2007 gelang es, konkretere Informationen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) Polikum sowie eine Fachanwältin für Medizinrecht zu erhalten. So konnte das Konzept für die erste kammeröffentliche Veranstaltung (in der FU Berlin) erarbeitet werden. Es beinhaltete vor allem die Hinführung von niedergelassenen und angestellten Kolleginnen und Kollegen, aber auch von PiA an Direktverträge. Dies im Lichte der Erwartung, dass die Kollektivverträge nach und nach in ihrer Bedeutung abnehmen und es nötig ist, sich auf flexiblere Versorgungsstrukturen vorzubereiten. Zudem sollte die Frage geprüft werden, ob die Neuen Versorgungsformen approbierten Kolleginnen und Kollegen, die zur Zeit weder Fachkunde noch Zulassung besitzen, eine Perspektive bieten können.

Der erste Informationsabend in der FU Berlin wurde als „work in progress“ wesentlich durch Mitglieder des Ausschusses gestaltet. Die Vortragsthemen waren:

- Essentials des Wettbewerbstärkungsgesetzes sowie des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes und deren Implikationen für PP und KJP
- Rückenschmerz – ein Vertrag der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin zur integrierten Versorgung
- Erste Schritte zur Errichtung eines MVZ für traumatisierte Kinder und Familien.
- Ein erster kollegialer Vernetzungsversuch wurde angeschoben.

Das im Oktober 2007 zwischen Kammer Vorstand und Ausschussmitgliedern geführte Gespräch ergab, dass wenig kollegiales Engagement oder Nachfragen von Niedergelassenen zum Thema Neue Versorgungsformen erfolgt waren. Gründe könnten die unklaren Finanzierungs- und Abrechnungsmöglichkeiten oder wirtschaftlichen Risiken sein. Sinnvoll wäre es, gemeinsam mit Berufsverbänden oder Kolleginnen und Kollegen Projekte zu entwickeln. Aufgabe der Kammer könnte es sein, Grundinformationen zur Vertragsgestaltung, zu Verwaltung und Evaluation solcher Projekte zur Verfügung zu stellen. Ob mittelfristig Dienstleistungen analog der Kassenärztlichen Vereinigung oder Kooperation mit ihr anzustreben sind, steht noch zur Debatte.

Die Einrichtung einer Mailingliste für

interkollegiale Diskussionen, Fragen und Anregungen wurde vom Vorstand genehmigt. Deren Umsetzung kann jedoch erst in der nächsten Legislaturperiode erfolgen.

Im November 2008 wurde (in der FU Berlin) eine zweite Informationsveranstaltung unter dem Titel „Praxismodelle der integrierten Versorgung im Spannungsfeld zwischen Qualität und Wettbewerb“ durchgeführt. Zwei Mitarbeiter der Techniker Krankenkasse Hamburg referierten über Ansätze und Erfahrungen ihrer Krankenkasse mit den Neuen Versorgungsformen. Ein Psychotherapeut berichtete über seine Arbeit in einem MVZ, ein anderer über die Voraussetzungen für eine effektive integrierte Versorgung in der Psychoonkologie.

Bei dieser Veranstaltung wurde ein erneuter Versuch gemacht, die Inte-

ressentinnen und Interessenten an diesem Thema miteinander zu vernetzen. Die Teilnahme an der informellen Folgeveranstaltung im Januar 2009 war jedoch gering und erbrachte keine konkreten Ergebnisse. Trotzdem wird die Analyse bereits bestehender Verträge nach § 73 c oder 140a SGB V vom Ausschuss weiter geführt, um für PP und KJP relevante Daten und Perspektiven heraus zu filtern.

Doch hat der Ausschuss in der abgelaufenen Legislaturperiode nur begrenzt seine vorab gesteckten Ziele erreicht - auch wenn das Thema „in aller Munde“ ist. Dennoch besteht im Ausschuss Einigkeit darüber, dass die Beobachtung der gesundheitspolitischen Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf konkrete Versorgungsmodelle eine bedeutsame Kammeraufgabe bleibt.

## Vorstandsmitglied Christoph Stöblein Ressort „Aus-, Fort- und Weiterbildung“

Akkreditierung und Zertifizierung von Fortbildungsveranstaltungen, PiA, Reform der Ausbildung, Weiterbildungsfragen, ambulante, stationäre und institutionelle Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Redaktion des Berliner Kammerrundbriefes – zuständig für den **Ausschuss** –

**„Aus-, Fort- und Weiterbildung“**  
*Gemeinsamer Bericht des zuständigen Vorstandsmitgliedes Christoph Stöblein und der Ausschuss sprecherin Inge Brombacher*

**Zur Fortbildung:** Nachdem wir in der 1. Legislaturperiode die Fortbildungsordnung in ihrer ursprünglichen Fassung erarbeitet hatten, diente sie u.a. als Arbeitsgrundlage für die auf Bundesebene verabschiedete Musterfortbildungsordnung. Diese eliminierte zahlreiche Differenzierungen und Gewichtungen, so dass jetzt letztlich die Faustregel gilt: 45 Minuten **zertifizierte** Fortbildung ergeben einen Punkt, gleichgültig, ob sie auf einem Kongress, in der Intervision oder in einem Seminar in Berlin, in anderen Bundesländern oder im Ausland erbracht wurden – auch im ärztlich-psychotherapeutischen Bereich und in angrenzenden Wissenschaften. Ausnahmen bestätigen die Regel (z.B. Bewertung von Veröffentlichungen). Unsere Vereinbarung mit der

Ärztzekammer (ÄK), nach der Ärztinnen und Ärzte als Veranstalterinnen und Veranstalter bei der ÄK zertifizieren lassen, PP und KJP bei der Psychotherapeutenkammer, liegt zurzeit „auf Eis“ – tangiert sind davon vor allem PP und KJP mit ärztlich geleiteter Supervision. Mit der KV konnten wir vereinbaren, dass sie unsere Zertifikate akzeptiert; der erste Fünfjahreszeitraum ist vorüber, mittlerweile werden alle Zertifikatsinhaberinnen und -inhaber, die ihr Zertifikat bei der KV eingereicht haben, ihre Bestätigung über die Erfüllung ihrer Fortbildungspflicht erhalten haben. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinweisen, dass alle von uns für das Zertifikat anzuerkennenden Veranstaltungen im Voraus zertifiziert werden müssen, außer wenn sie im Ausland stattfinden! Auch Angestellte haben eine Fortbildungspflicht: hier gibt es jedoch Unterschiede zwischen Angestellten in Praxen, in Krankenhäusern, in Reha-Kliniken:

differenziertere Infos siehe auf unserer Website.

**Zur Weiterbildung:** hier wurde zunächst auf Bundesebene eine sehr kontroverse Diskussion geführt. Es galt abzuwägen, ob eine Weiterbildung für die bereits auf hohem Niveau ausgebildeten PP und KJP den Wert der durch die Ausbildung erworbenen Approbation verringere, oder ob durch eine Weiterbildung neue Tätigkeitsfelder oder Abrechnungsmöglichkeiten erschlossen werden könnten. In diesem Spannungsfeld entschied sich die Delegiertenversammlung der BPtK für einen Kompromiss: es soll nur für einen Bereich, für die klinische Neuropsychologie, eine Weiterbildung geben, da für die Neuropsychologen akuter Handlungsbedarf bestand (es drohte die Gefahr, dass die Neuropsychologie zum Heilhilfsberuf herabgestuft werden könnte). Für Berlin entwarf daraufhin der Kammer Vorstand eine entsprechende Weiterbildungsordnung,

die von der Delegiertenversammlung einstimmig verabschiedet wurde. Da die Kammergesetzgebung in Berlin zurzeit nicht vorsieht, dass die PTK eine Weiterbildungsordnung erlassen kann, hat der Kammervorstand bei der Senatsverwaltung eine entsprechende Gesetzesänderung beantragt. Es kann noch nicht gesagt werden, ab wann die Berliner Weiterbildungsordnung von der Aufsichtsbehörde (Senatsverwaltung für Gesundheit) anerkannt werden wird. Der Kammervorstand hat jedenfalls die Entwicklung eines Curriculums bei Vertreterinnen und Vertretern der Fachverbände der Klinischen Neuropsychologie in Auftrag gegeben.

Eine wichtige Neuerung war die **Integration der PiA** in die Kammerarbeit als Gäste. In einer von der Kammer einberufenen Versammlung wählten die PiA im vergangenen Jahr aus ihrer Mitte zwei Vertreterinnen und zwei Stellvertreterinnen, die rege in unserem Ausschuss mitarbeiten; ein Jahr später hat bereits eine weitere Wahl mit (teilweise) Generationenwechsel stattgefunden. Im Ausschuss war natürlich auch das Thema, was

unseren Nachwuchs betrifft: die Missstände im psychiatrischen Jahr, die beruflichen Möglichkeiten nach der Approbation, insbesondere im Hinblick auf Praxisübernahmen (siehe auch gesonderten Bericht der PiA-Vertretung). In Zusammenarbeit mit ver.di wurde ein Mustervertrag für die praktische Arbeit der PiA im psychiatrischen Jahr entworfen.

Zum Thema Nachwuchsarbeit zählte auch unsere intensive Beschäftigung mit der **Studienreform nach dem Bologna-Prozess: Bachelor- / Master-Studium** statt Diplom-Studium: welche Auswirkungen hat dies auf die PP und KJP-Ausbildung? Wir sind uns einig, dass die zukünftigen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten einen Master-Abschluss haben sollten und wenden uns gegen Bestrebungen, die für KJP einen Bachelor-Abschluss für ausreichend halten. Warum sollten ausgerechnet die Therapeutinnen und Therapeuten der Jüngsten eine geringere Grundqualifikation haben? Zur Diskussion um die Studienreform gehörte auch eine intensive Erörterung der divergierenden Entwürfe zur Verzahnung

von Studium und Psychotherapie-Ausbildung: Stichworte „Direkt-Ausbildung“ und „Postgraduale Ausbildung“ (d.h. nach dem universitären Abschluss).

Zu guter Letzt können wir über **Fortbildungsveranstaltungen** berichten, die wir selbst initiiert haben: dazu gehört zum einen die Reihe „Kammermitglieder stellen ihre Arbeit vor“, wobei uns die FU dankenswerterweise Räume zur Verfügung stellte: die Veranstaltungen umfassten die Themen Schmerz- und Traumatherapie, Eltern-Baby-Therapie, Therapie für Psychiatriepatienten außerhalb der psychiatrischen Klinik, Neuropsychologische Therapie.

Und für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die vom therapeutischen Nutzen des Kulturgutes Musik überzeugt sind, fanden fünf Abende statt: entweder hörten wir die tiefenpsychologische Interpretation einer Oper, erfuhren von neuartigen musiktherapeutischen Ansätzen oder von der präventiven Arbeit durch Musik in Daniel Barenboims Musikkindergarten.

## PiA

Seit 2008 können – nach Vorstandsbeschluss und positivem Votum der DV - PP und KJP in Ausbildung (PiA) an einer staatlich anerkannten Ausbildungsstätte in Berlin Gäste der Psychotherapeutenkammer Berlin werden. Sie wählen einmal im Jahr aus ihrer Mitte eine Vertretung mit Rede- und Antragsrecht in der Delegiertenversammlung. Die PiA-Vertretung kann zu einzelnen Themen und im Einvernehmen mit den jeweiligen Ausschusssprecherinnen bzw. Ausschusssprechern an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen.

Nach längeren Verhandlungen über die Rahmenbedingungen mit dem Direktor der Apotheker- und Ärztekammer Berlin, Herrn Martin Steinkühler können PiA in Berlin nun zu relativ günstigen Zins- und Rückzahlungskonditionen einen Ausbildungskredit beantragen.

## „PiA-Vertretung“

### *Bericht der PiA-Vertretung*

2008 – ein wichtiges Jahr für die Berliner PiA, die erstmals die Möglichkeit erhielten, sich mit Gaststatus in der Psychotherapeutenkammer zu engagieren. Am 14. Februar 2008 wurden auf der ersten PiA-Vollversammlung unter den PiA mit Gaststatus zwei Vertreterinnen und ihre Stellvertretungen (jeweils PP und KJP) gewählt. Für das erste Jahr waren dies Zsafia Szirmak (PP) und Ulrike Lange (KJP) mit ihren Stellvertreterinnen Nicola Lange (PP) und Marina Root (KJP). Am 5. März 2009 fand die zweite PiA-

Vollversammlung statt, bei der vor allem das Interesse neuer PiA bislang noch ohne Gaststatus erfreute. Die anwesenden Gast-PiA wählten Nicola Lange zur PP-Vertreterin und Jens Hendrik Maier zu ihrem Stellvertreter, während bei den KJP Ulrike Lange und Marina Root in ihrem Amt bestätigt wurden.

In der Anfangsphase der Tätigkeit galt es, Aufgaben, Ziele und Arbeitsformen dieses neuen Amtes zu definieren und in der Praxis zu erproben. Als Hauptanliegen sahen wir es an, einerseits aktiv in den Gremien der Kammer mitzuarbeiten und anderer-

seits den Kontakt zu und den Austausch unter den Berliner PiA zu intensivieren, um sowohl Informationen aus der Kammer an die PiA weiterzugeben und zur Diskussion zu stellen, als auch deren Interessen in der Kammer zu vertreten. Als sehr bereichernd für die Arbeit und die Vertretung möglichst vieler PiA erlebten wir unsere unterschiedlichen Perspektiven als PP und KJP mit verschiedenen Psychotherapieverfahren.

Mit Rede- und Antragsrecht haben wir an den Delegiertenversammlungen teilgenommen sowie im Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbil-

derung mitgearbeitet. In beiden Gremien wurden wir mit großer Offenheit und Interesse an unseren Belangen aufgenommen und integriert. Zu vielen Themen war auch unsere Meinung explizit gefragt.

Folgenden Themen haben wir uns während unserer Tätigkeit besonders gewidmet:

Unserer Forderung nach angemessenen Verhältnissen während der Praktischen Tätigkeit - eine Vergütung und qualifizierte Anleitung eingeschlossen - verliehen wir in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder Ausdruck. Einen besonderen Erfolg stellte in diesem Zusammenhang der Entwurf eines Mustervertrages für die Praktische Tätigkeit in Zusammenarbeit von Psychotherapeutenkammer, ver.di, Instituten, Kliniken und PiA dar. In der Phase der Neufassung des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes wandten wir uns mit einem Brief an die gesundheitspolitisch engagierten Bundestagsabgeordneten mit der Bitte, sich für eine Einbeziehung der Vergütung der PiA in dieses Gesetz einzusetzen. Auch wenn dies letztlich nicht zum gewünschten Ergebnis führte, so konnten wir doch noch einmal auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam machen und erhielten von einigen Abgeordneten qualifizierte Reaktionen mit der Zusage, sich dieses Problems zukünftig anzunehmen.

Sehr beschäftigt hat uns auch das Thema der Zukunft der Psychotherapieausbildung, das im zurückliegenden Jahr durch das vom BMG in Auftrag gegebene und nun vorliegende Forschungsgutachten von Prof. Dr. Bernhard Strauß große Brisanz gewann. Nach Teilnahme an mehreren von der BpTK veranstalteten Workshops brachten wir unsere Position in die Panel-Veranstaltung zum Forschungsgutachten ein. Einigkeit bestand darin, dass zukünftig ein Master-Abschluss die Voraussetzung für jegliche Psychotherapieausbildung sein muss, um die Qualität der Arbeit und den Status unseres Berufsstandes dauerhaft zu sichern. Ebenfalls präferierten wir eine weiterhin postgraduale Ausbildung, die je-

doch in der Art zu reformieren und zu verkürzen ist, dass Anteile in die universitäre Ausbildung integriert werden. Wie umfangreich diese Anteile sein können, wurde von uns kontrovers diskutiert. Während aus verhaltenstherapeutischer Sicht viel bereits im Studium abgedeckt werden könnte, stellt aus psychoanalytischer und tiefenpsychologischer Perspektive die enge Verzahnung von theoretischer Wissensvermittlung, Selbsterfahrung und Behandlungspraxis unter Supervision an den Instituten eine unerlässliche Qualität der Ausbildung dar.

Wir begrüßen es sehr, dass sich Kammervorstand, DV und Ausschüsse des Themas der Praxisübergabe angenommen haben mit dem Ziel, die Interessen der neu Approbierten und der Praxisabgebenden sinnvoll miteinander zu vermitteln, wobei der Stellungnahme des Ausschusses für Berufsordnung, Ethik, Menschen- und Patientenrechte unsere besondere Zustimmung gilt. Unsere eigene Position dazu haben wir auf der Delegiertenversammlung eingebracht. Dabei stellten wir deutlich berufsethische Erwägungen, nicht vorrangig an den eigenen Vorteil zu denken, in den Vordergrund, ohne die praktischen Gegebenheiten des Marktes außer acht zu lassen. Wir sprachen uns für die kreative Entwicklung neuer Praxisübergabemodelle aus, bei denen Wertschätzung nicht allein auf finanzielle Weise erfolgt. Außerdem lag uns die Forderung nach dringend anstehender ausreichender Information aller Beteiligten zu diesem Thema am Herzen.

Auch die bundesweite Zusammenarbeit der PiA gehörte zu unserer Tätigkeit. Am 12. März 2008 und 29. April 2009 nahmen wir an der jährlich stattfindenden PiA-Bundeskonferenz teil und standen zwischenzeitlich zur Koordination unserer Aktivitäten im Austausch miteinander.

Zur regelmäßigen Information der Berliner PiA über unsere Tätigkeit verfassten wir Informationsbriefe und luden zur PiA-Vollversammlung ein.

## **Ressortübergreifende Zusammenarbeit**

### ***Psychotherapie außerhalb der Richtlinien***

Der Berufsbereich der Psychotherapie außerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde als äußerst relevantes Thema für die Vorstandsarbeit der 2. Legislaturperiode aufgegriffen. Hierzu wurde ein Rechtsgutachten „Psychotherapeutische Leistungen im Sozialrecht“ von Prof. Dr. jur. Nothacker in Auftrag gegeben, das als erster Band einer Publikationsreihe der Kammer zu grundsätzlichen Fragen der Profession erschienen ist. Ziel der Kammer ist es, die Frage aufzugreifen, wie für Patientengruppen, die das Versorgungsangebot der Richtlinienpsychotherapie nicht in Anspruch nehmen können, aber krankheitswertige Störungen nach dem PsychThG aufweisen, bedarfsgerechte Leistungsangebote (weiter-)entwickelt werden können. Das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Nothacker beleuchtet die rechtlichen Voraussetzungen für psychotherapeutisches Handeln in den verschiedenen sozialen Feldern, die in den Sozialgesetzbüchern I – XII geregelt sind, und ist damit zentrale Grundlage für die (Weiter-)Entwicklung von bedarfsgerechten und kontextbezogenen Psychotherapieangeboten in Leistungsbereichen außerhalb der GKV. Der Vorstand hat sich schwerpunktmäßig in dieser Legislaturperiode primär mit der unterversorgten Zielgruppe der Kinder- und Jugendlichen befasst.

### ***Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen***

In Anbetracht der Versorgungslücke bei den psychotherapeutischen Angeboten für Kinder und Jugendliche sah es die Kammer als ihre Aufgabe an, bestehende Strukturen miteinander zu vernetzen, um dadurch Synergieeffekte zu erzielen.

Es fanden mehrere Veranstaltungen statt, an denen KJP, PP - sowohl niedergelassen als auch angestellt (bei freien Trägern oder bezirklichen Stellen) - gemeinsam mit Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiatern (u.a. Klinikleitungen oder Leitun-



gen der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstellen), Fachleuten aus der Kinder- und Jugendmedizin und den Sozialwissenschaften relevante Themen diskutierten. Zielsetzung der Veranstaltungen war, die Zusammenarbeit der verschiedenen, am Fall beteiligten Berufsgruppen zu fördern, ihre spezifischen professionellen Bezugssysteme transparent zu machen, die Komplementarität ihrer Rollen und ihres Handelns zu verdeutlichen und zu einer gemeinsamen Klärung der Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gelangen. Beispiele sind die Behandlungs- und Beratungsansätze für Kinder und Jugendliche psychisch kranker Eltern, der interdisziplinäre „Jour fixe“ (Fachkräfte der Sozialarbeit, Kinder- und Jugendpsychiatrie, PP, KJP) zur Diagnostik im Jugendhilfebereich, die Jugendhilfe-Themen auf dem Landespsychotherapeutentag im Februar 2008, das erste interdisziplinäre Colloquium zur Hilfeplanung im September 2008 (zur Kooperation und Vernetzung im Jugendhilfebereich), therapeutische Konzepte bei der Behandlung von Säuglingen, Kleinkindern und deren Eltern etc.. Hier fand die Kammer in mehreren Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, die auch PP / KJP sind, neue Kooperationspartner, z.B. Frau Prof. Dr. Gahleitner (Professur für klinische Psychologie und Sozialarbeit an der Alice-Salomon-Hochschule), Herr Prof. Dr. Körner (Professur am Fachbereich Erziehungswissenschaften an der FU Berlin), Frau Prof. Dr. Ludwig-Körner (Fachbereich Sozialwissenschaften an der FH Potsdam).

### **Kommission KJHG**

Die bereits im Jahr 2004 von der Kammer einberufene „Kommission KJHG“ hat ihren ersten Arbeitsauftrag, die Frage nach den Abgrenzungskriterien zwischen Psychotherapie nach SGB V und SGB VIII (KJHG) sowie die Definition der Standards von Psychotherapie in der Jugendhilfe, mit der Vorlage von 2 Ergebnispapieren Ende 2006 erfüllt:

- „Indikationskriterien für Psychotherapie in der Jugendhilfe (SGB VIII)“, abgestimmt und verabschiedet im

Vorstand am 15.12.2005 und

- „Qualitätsmerkmale bei der Durchführung ambulanter Psychotherapien im Rahmen der Jugendhilfe nach §§ 27 und 35a SGB VIII“ abgestimmt und verabschiedet im Vorstand am 19. Dezember 2006.

Die ca. 15 von der Kammer geladenen Expertinnen und Experten aus dem ambulanten und stationären Bereich wurden für einen weiteren Arbeitsauftrag im Jahr 2007 um 3 Vertreter der staatlichen Ausbildungsinstitute erweitert. Inhalt dieses Arbeitsauftrages lautete, Standards für die qualifikatorischen Anforderungen für Psychotherapie in der Jugendhilfe zu definieren und Module für ein Rahmencurriculum als curriculare Fortbildung zu entwickeln, in denen die Spezifika dieser Psychotherapie abgebildet werden. Die Kommissionsarbeit umfasste ebenfalls den Themenkreis „Kindeswohlgefährdung“ und „Kinderschutz“.

Am 29. Januar 2009 wurden zwei weitere Ergebnisberichte der Kommission vom Vorstand verabschiedet:

- „Besonderheiten von Psychotherapie in der Jugendhilfe: Grundlage für ein Fortbildungscurriculum“,
- „Fortbildungscurriculum für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, die im Rahmen der Jugendhilfe Psychotherapie durchführen möchten“.

Parallel zur „Kommission KJHG“ wurde die „AG KJHG“ einberufen, die aus den Verbänden der Leistungserbringer besteht, die mit dem Senat einen Trägervertrag zur Erbringung von Psychotherapie in der Jugendhilfe haben. Unter der Moderation der Kammer werden die Verhandlungen mit der Senatsverwaltung bezüglich der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarung im Rahmen des Berliner Rahmenvertrages Jugend (BRVJ) begleitet. Nachdem eine für alle Beteiligten tragfähige Leistungs- und Entgeltvereinbarung abgeschlossen werden konnte, konzentriert sich die weitere Arbeit der AG ab Mai 2009 auf Aspekte der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements für Psy-

chotherapie in der Jugendhilfe.

Während der Kommissionsarbeit wurden auch zwei das Thema anscheinende Gutachten erörtert, die Verfasser als Experten angehört und ihre Ergebnisse in die Arbeitsergebnisse integriert. Es handelt sich um die Gutachten von Prof. Dr. jur. Wiesner (Psychotherapie im Rahmen des KJHG) und von Prof. Dr. jur. Nothacker (Psychotherapie in der Sozialgesetzgebung) sowie mehrere Stellungnahmen von Prof. Nothacker zur Bewertung von Rechtsvorschriften bezüglich des Themas Kindeswohlgefährdung.

Mit Herrn Prof. Dr. Buchholz (Göttingen/Hildesheim) wurden spezielle Forschungsvorhaben und -designs zur Psychotherapie in der Jugendhilfe besprochen. Ein Forschungsvorhaben ist in Planung.

Ergänzend zu dem Bericht über die KJHG-Kommission und den AK KJHG und die Veranstaltungen und Gremien, in denen mitgearbeitet wurde, ist die PTK Berlin in der AG Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie und -psychotherapie, einer Untergruppe des Landespsychiatriebeirates der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, vertreten. Aufgabe war es, Expertisen zur weiteren Planung der stationären Versorgung und aktuell eine Expertise zur ambulanten Versorgung zu erstellen.

### ***Fachübergreifendes Projekt mit der Zahnärztekammer Berlin „Seele und Zähne“***

Die Erprobungsphase des gemeinsam mit der Zahnärztekammer Berlin (ZÄK) durchgeführten Projektes „Seele und Zähne“ endete Ende des Jahres 2005. Die Patientenberatungsstelle, die paritätisch durch Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte besetzt ist, führt ab damaligem Zeitpunkt wöchentlich eine stark nachgefragte Patientenberatung auf Überweisung der Zahnärztinnen und Zahnärzte in den Räumen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin durch. PP, KJP, Zahnärztinnen und Zahnärzte arbeiteten erfolgreich an

einem Curriculum ‚Zahnärztliche Psychosomatik‘. Wir diskutierten die Einrichtung von gemeinsamen Fallkonferenzen und regionalen Konsil- und Liaisonendienste. Das von der Bundeszahnärztekammer verabschiedete und das gemeinsam von Berliner Zahnärztinnen, Zahnärzten, PP und KJP erarbeitete Curriculum zur zahnärztlichen Psychosomatik für PP, KJP und Zahnärztinnen und Zahnärzte sind Grundlagen für die im Herbst 2009 am zahnärztlichen Weiterbildungsinstitut (Pfaff-Institut) stattfindende, erste überregionale Curriculaire Fortbildung „Zahnärztliche Psychosomatik“. Berliner PP und KJP sind neben ärztlichen und zahnärztlichen Kolleginnen und Kollegen - an der Planung und Durchführung beteiligt. Die Besonderheit dieser curricularen Fortbildung liegt darin, dass die fachübergreifende Zusammenarbeit von Zahnärzten ein zentrales Thema ist.

## Sonstige Gremien und Beauftragte

Neben den Ausschüssen wurden Kommissionen und Gremien vom Vorstand mit bestimmten Aufgabebereichen einberufen:

- **Kommission Kammerimmobilie** (Klärung Umzug 2011),
- **Kommission PiA-Vertrag**,
- **Redaktionsteam** (für die Erarbeitung von Kammerrundbrief und Psychotherapeutenjournal),
- **KJHG-Kommission** und Unterarbeitsgruppe,
- **Strukturkommission** (Überprüfung und Vorschläge zu Aufteilung und Einrichtung von Kammergremien und Geschäftsstelle),
- **interne Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer** (werden jährlich gewählt, Aufgabe Prüfung der Finanzen der Kammer, ordnungsgemäße Durchführung),
- **AG Website**
- **Beauftragter Versorgungswerk:** Alexander Malkowsky.

Zur Beratung der Geschäftsstelle und des Vorstandes wurde 2004 der **Fortbildungsbeirat** berufen. Seine Aufgabe besteht in der fachlichen Stellung-

## Stellungnahmen der Psychotherapeutenkammer Berlin zu Anfragen der Senatsverwaltungen Berlins und der BPtK zu Gesetzesvorhaben und -änderungen

Im Rahmen von Anfragen wurden in der vergangenen Legislaturperiode Stellungnahmen abgegeben unter anderem

- zu den Bereichen Eingangsvoraussetzungen für die Ausbildung zum KJP;
- zur Überarbeitung der Psychotherapierichtlinien (sozialrechtliche Zulassung neuer Verfahren);
- zum Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (Flexibilisierung der Altergrenzen, Teilzulassungen, Job-Sharing, MVZ);
- zum Gesetz zur Erleichterung familienrechtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohles;
- zum Entwurf des Berliner Kinderschutzgesetzes;
- zum Mindestversorgungsanteil für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie (Einführung einer Mindestquote von 20%);
- zur psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen allgemein und zu spezifischen Fragestellungen, z.B. zur Frage, ob in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Lücke bestehe;
- zur Gesprächspsychotherapie mit dem Ziel der Einbeziehung der Gesprächspsychotherapie in die Richtlinien;
- zum Krankenhausfinanzierungsreformgesetz - KHRG (die Verfügbarkeit psychotherapeutischen Sachverstands bei der Entwicklung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen, die Beteiligung der Psychotherapeutenkammer Berlin in entsprechenden Gremien auf Landesebene (z.B. in der Landesgesundheitskonferenz) und eine Angleichung der Vergütungs- und die Beschäftigungssituation der Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) an die Ärztegruppen).

nahme zu Anträgen auf Zertifizierung von Fortbildungsveranstaltungen und der Beratung bei der Anerkennung von Teilnahmebescheinigungen. Die Zusammensetzung wurde 2008 verändert.

Im Januar 2009 wurde der **Hochschulbeirat** als Beratungsorgan des Vorstandes eingerichtet. Seine Aufgabe ist es z.B. mit fachlich begründeten Stellungnahmen den Vorstand bei dessen Positionierung im Zuge der anstehenden Hochschul-, Ausbildungs- und Gesundheitsreform zu unterstützen.

Eine Auflistung der Mitglieder der Kommissionen und Beiräte befindet sich im Anhang.

## Mitarbeit in der BPtK

Durchschnittlich einmal im Vierteljahr treffen sich ein- bzw. zweitägig die Präsidentinnen und Präsidenten, Vi-

zepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie die Geschäftsführungen der Landespsychotherapeutenkammern mit dem Vorstand der BPtK (= Länderrat).

Die Themen des Länderrates sind schwerpunktmäßig bundespolitische. Zur Zeit werden zentral die Ausbildungsreform, Konsequenzen des Forschungsgutachten für die Profession, Aspekte der geplanten Gesundheitsreform, die Einführung der geplanten elektronischen Gesundheitskarte und des Heilberufeausweises bearbeitet.

In der Regel zweimal jährlich findet die Delegiertenversammlung der BPtK (= Deutscher Psychotherapeutentag) statt, bei dem die bundespolitische Zielrichtungen abgestimmt werden.

## Geschäftsstelle – Aufgaben

Mit wachsender Etablierung des Berufsstandes und Bekanntheit der Kammer steigen auch die Anforderungen an die Geschäftsstelle, dies nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Neben der Umsetzung der 2004 eingeführten Fortbildungsordnung, steigen die Anfragen von Patientinnen und Patienten und Mitgliedern zur Berufsordnung zu Praxisgründungen, zu Auskünften für das Arbeitsamt bei Gründungszuschüssen, zur Betreuung der Kammergremien etc. Auch die intensive Arbeit der Bundeskammer geht nicht spurlos an der Landesgeschäftsstelle vorbei. So musste zu diversen Gesetzgebungsvorhaben und sonstigen politischen Entscheidungen Stellung genommen und die Sitzungen vorbereitet werden. In der zurückliegenden Legislatur hat die Kammer an diversen Projekten, Netzwerken und Kooperationen teilgenommen oder sie selbst ins Leben gerufen, auch die Zahl der Veranstaltungen nahm zu.

Das Zusammenwachsen Europas (unter anderem EU Dienstleistungs- und Berufsanerkennungsrichtlinie) und die Studienreformen (Umstellung zu Bachelor- und Masterstudiengängen) führen zu einem erhöhten Beratungsbedarf beim Berufsnachwuchs und potentiellen Kolleginnen und Kollegen.

Schließlich steigt auch die Zahl der Mitglieder kontinuierlich. Waren es 2003 noch 3200 Mitglieder liegt die Zahl mittlerweile bei 3340. Hinzu kommen 64 Psychotherapeutinnen in Ausbildung als Gäste der Kammer.

Um dieser nach wie vor wachsenden und sich entwickelnden Kammerarbeit gerecht zu werden, muss sich auch die Geschäftsstelle verändern und mitwachsen. Personell ist das bisher erfolgt durch Unterstützung der Geschäftsführung in Form einer Assistenzstelle, eine Umstellung im Bereich der Fortbildung (Mitte 2007), in der die Zertifizierung und die Betreuung der Punktekonto von diskontinuierlicher Bearbeitung durch studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Daueraufgabe auf

Sachbearbeitungsebene umstrukturiert wurde. Auch die Öffentlichkeitsarbeit wird seit 2007 von unserer Öffentlichkeitsreferentin betreut. 2008 wurden jeweils eine halbe juristische und wissenschaftliche Stelle eingerichtet. Damit umfasst die Geschäftsstelle derzeit 12 feste und durchschnittlich 5 studentische oder geringfügig beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bis auf eine Stelle handelt es sich durchgehend um Teilzeitbeschäftigungen. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit aller Angestellten beträgt 25 Stunden. Für Personal, Gremien und Archivierung wurde zudem eine Erweiterung der Räume erforderlich. Im Jahr 2008 wurde am Olivaer Platz ein Dachgeschoss angemietet. Angestrebt wird, die Räume der Geschäftsstelle zum Ende der Vertragslaufzeit in 2011 wieder zusammen zu führen.

Im Folgenden die Darstellung einiger Arbeitsbereiche der Geschäftsstelle im Einzelnen:

### Entwicklung Finanzen und Beiträge

Mit dem oben beschriebenen Wachstum ist auch das Haushaltsvolumen gestiegen. Beliefen sich die für 2005 geplanten Einnahmen und Ausgaben noch auf rund 780.000 Euro und 845.000 Euro, so betragen 2009 die planerischen Einnahmen 986.000 Euro und die Ausgaben 1,14 Millionen Euro. Auf Grund der sparsamen Haushaltsführung ist es gelungen, in der Vergangenheit in der Regel mit einem ausgeglichenen Haushalt abzuschließen. Allerdings war es notwendig, die Beiträge grundsätzlich dem gestiegenen Bedarf anzupassen. 2007 wurde der Regelbeitrag von 250 Euro auf 305 Euro angehoben, der Ermäßigungsbeitrag stieg von 80 Euro auf 85 Euro.

Seither sind die Beiträge stabil geblieben – und das obwohl mit der novellierten Beitragsordnung seit Jahresbeginn 2009 nun die finanzielle Situation einkommensschwacher Mitglieder bei der Beitragserhebung regelhaft berücksichtigt wird. Die bisherige Beitragsordnung berücksichtigte

die wirtschaftliche Situation von Mitgliedern nur ungenügend. Es gab weder die Möglichkeit einer stärkeren Beitragssenkung für einkommensschwache Gruppen, noch die Möglichkeit des Beitragserlasses bei besonderen Härtefällen. Dies ist nun geändert: als Richtschnur für die Festlegung der neuen Einkommensgrenzen für die Bewilligung einer Beitragsermäßigung dienen die Armutsgrenzen, die der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 definiert. Mit zwei Einkommensgrenzen wurde hier festgelegt, a) ab welchem Einkommen Menschen in Deutschland in Armut leben oder b) von Armut bedroht sind. Durch die neuen Regelungen kommen rund 12 % der Mitglieder jährlich zu einer bewilligten Beitragsermäßigung.

Dabei ist allen Beteiligten klar: die novellierte Beitragsordnung ist nur eine Zwischenlösung. Entsprechend der Bevölkerungsdemographie werden auch die Mitglieder der Kammer immer älter. Eine interne Hochrechnung ergab, dass 2024 rund die Hälfte der Mitglieder 65 Jahre und älter sein wird. Dies macht deutlich, dass in der kommenden Legislaturperiode die Beitragsordnung grundsätzlich neu strukturiert werden muss, um unter diesen Bedingungen die Kammerarbeit zu finanzieren und die Kostentlast angemessen zu verteilen.

### Berufsaufsicht, Beschwerdemanagement und Ombudsstelle

Die Kammer übt über ihre Mitglieder und EU-Bürgerinnen und Bürger, die vorübergehend in Berlin als PP oder KJP tätig sind, die Berufsaufsicht aus.

Im Verlauf der Legislaturperiode wurden differenzierte Beschwerdeverfahren etabliert. Bei der Ombudsstelle, die 2006 eingerichtet wurde, können sich Patientinnen und Patienten wie Mitglieder anonym im Vorfeld einer Beschwerde über ihr Anliegen und die nächstmöglichen Schritte beraten lassen. Für die Mitglieder und Patientinnen und Patienten stehen zusätzlich die Vorstandsmitglieder und die

Justitiarin in der telefonischen Sprechzeiten zur Verfügung.

Kommt es zu einer schriftlich eingereichten Beschwerde, wird sie von dem hierfür beauftragten Rechtsanwalt und Sozialrichter a.D. Herrn Schmidt-Wenckebach in Abstimmung in der Regel mit dem Präsidenten bearbeitet. Die Entscheidungsvorschläge gehen an den Vorstand zur Beschlussfassung. Bei gravierenden Berufsverstößen oder schwierigen Sachverhaltsermittlungen wird durch eine Vorstandsentscheidung ein förmliches Untersuchungsverfahren eingeleitet. Als Untersuchungsführer von der Senatsverwaltung auf Vorschlag der Kammer bestellt war zunächst Rechtsanwalt und Notar Herr Voget tätig, der aus gesundheitlichen Gründen das Amt leider niederlegen musste. Seit 2006 übt Richter i.R. Herr Heinze dieses Amt aus.

Der Schlichtungsausschuss, der sich ehrenamtlich für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern untereinander oder mit Patientinnen und Patienten einsetzt, hat sich insofern nicht bewährt, als eine der beteiligten Parteien in der Regel nicht zu einer auf Freiwilligkeit beruhenden Schlichtung bereit ist.

Jährlich werden etwa 30 schriftlich eingereichte Beschwerden bearbeitet. Hinzu kommen Eingaben, die sich entweder nicht auf Kammermitglieder beziehen oder bei denen die Patientin oder der Patient den Namen des Kammermitglieds nicht offenbaren möchten. Außerdem gibt es eine Reihe von Amtshilfeersuchen (ca. zehn im Jahr) in Sozialversicherungsangelegenheiten, in denen Berichts-anforderungen oder Akteneinsicht trotz Zustimmung der Patientin oder des Patienten nicht gewährt wird.

Im Berichtszeitraum wurden 11 Untersuchungsverfahren durchgeführt, die sich auf insgesamt 18 Beschwerdefälle beziehen. Es wurden sieben Rügen ausgesprochen, sechs davon mit der Auflage eine Geldbuße an eine gemeinnützige Einrichtung zu zahlen. Ein Fall wurde verglichen, einer endete mit der Rückgabe der Approbation, einer ist bei der Staatsanwaltschaft anhängig.

## Zertifizierung und Punktekonto

Mit der Zertifizierung von Fortbildungsveranstaltungen wurde am 1. Juli 2004, also vor Beginn der 2. Legislaturperiode, begonnen. Seitdem werden jährlich durchschnittlich 1.000 Zertifizierungsanträge gestellt, mehrheitlich (ca. 60%) für sogenannte fortlaufende Fortbildungsveranstaltungen, d.h. Interventionen, Supervisionen, Balint- und IFA-Gruppen, Selbsterfahrung und Qualitätszirkel.

Bei strittigen oder zweifelhaften Anträgen stehen den Mitarbeiterinnen 2 Fortbildungsbeiräte zur Seite, die abwechselnd monatlich tagen und die Inhalte des Fortbildungsangebotes auf Kompatibilität mit den Regularien der Fortbildungsordnung prüfen.

Die Anträge werden zügig bearbeitet. Im Bereich der fortlaufenden Veranstaltungen allerdings versäumen die Antragstellerinnen und Antragsteller leider manchmal die rechtzeitige Verlängerung der Bewilligung. Hier kann demnächst durch den Einsatz der neuen Zertifizierungssoftware eine elektronische Erinnerungsmeldung erfolgen, um die nahtlose Zertifizierung zu gewährleisten.

Von 2006 bis 2007 wurde ein Pilotprojekt zur Erfassung von Fortbildungspunkten auf einem elektronischen Punktekonto eingeführt, an dem sich ca. 1600 Kammermitglieder auf freiwilliger Basis beteiligt haben. Seit Dezember 2008 kann jedes Mitglied seinen Punktestand in einer Online-Datenbank einsehen und demnächst auch selbst Punkte online eingeben.

Bis zum 30. Juni 2009 müssen erstmalig die sozialrechtlich Fortbildungspflichtigen gegenüber der KV nachweisen, dass sie mindestens 250 Fortbildungspunkte in 5 Jahren erworben haben. Für die Geschäftsstelle bedeutet das, im 1. Halbjahr 2009 die Ausgabe von mindestens 1700 Zertifikaten. Selbstverständlich erhalten alle Kammermitglieder - unabhängig von der KV-Zulassung - auf Antrag ein Fortbildungszertifikat, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt haben.

## Öffentlichkeitsarbeit

**Relaunch Website**  
[www.psychotherapeutenkammer-berlin.de](http://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de)

Die stete Entwicklung der Psychotherapeutenkammer Berlin in den letzten Jahren machte einen Relaunch der Website sinnvoll. Nach einem Jahr Vorlaufzeit hat die Psychotherapeutenkammer Berlin seit Februar 2009 eine neue Website.

Die Programmierarbeiten nahm eine Firma vor, die bereits die Kammerwebsite der Bundespsychotherapeutenkammer sowie der Psychotherapeutenkammer Bremen kreiert hat. Die neue Website wurde inhaltlich neu gegliedert und erscheint in einem modernen Design. Ein wesentliches Grundprinzip sollte der barrierefreie Zugang sein. Die Pflege der Website kann über ein Content Management System nunmehr intern erfolgen.

Das schnelle Auffinden von Informationen für Patientinnen und Patienten, Ratsuchende sowie Kammermitglieder war der eigens eingerichteten Arbeitsgruppe Website das größte Anliegen. Schnellzugänge zu Psych-Info und Krisendiensten sind bereits auf der Startseite möglich.

Nutzerinnen und Nutzer können zu bestimmten Themen RSS-Feeds abonnieren. Sie werden per E-Mail benachrichtigt, sobald die Kammer neue Informationen ins Netz gestellt hat. Neu sind auch die internen Bereiche für Mitglieder und Delegierte.

### **Kammerrundbrief**

Seit 2006 wurde der bisherige Umfang der Rundbriefe (rund 40 Seiten) auf 8 Seiten gekürzt. Ziel sollte eine kurze knappe Information für die Mitglieder sein. Ausführliche Fachbeiträge sollen eher auf der Kammerwebsite, im Hauptteil des Psychotherapeutenjournals oder in anderen einschlägigen Fachpublikationen veröffentlicht werden. Circa fünf Mal im Jahr trifft sich die Redaktionsgruppe zur Festlegung neuer Themen und Durchsicht eingegangener Textbeiträge. Die Sitzungen werden von Vorstandsmitglied Christoph Stöblein geleitet und von der Referentin für

Öffentlichkeitsarbeit dokumentiert. Die Redaktionsabläufe wurden standardisiert. Die Autorenrichtlinien wurden angepasst und aktualisiert. Seit 2008 listet die Deutsche Nationalbibliothek den Kammerrundbrief über eine eigene ISSN-Nummer. Der mit einer Auflagenhöhe von 3.500 Exemplaren an die Mitglieder und Gäste gerichtete Kammerrundbrief informiert über:

- Aktivitäten des Vorstandes
- Beschlüsse aus der Delegiertenversammlung
- Veranstaltungen
- neue Rechtsregelungen
- Aktuelles aus der Geschäftsstelle
- Berichte aus der Praxis.

Der Rundbrief wird aus Gründen der Kostenersparnis gemeinsam mit dem Psychotherapeutenjournal versandt.

### **Psychotherapeutenjournal**

*Mitglieder im Redaktionsbeirat: Anne Springer, Vertreter Dr. Manfred Thiel*

Das Psychotherapeutenjournal (PTJ) ist das Organ der Bundespsychotherapeutenkammer und der Landespsychotherapeutenkammern und wird von den Präsidentinnen und Präsidenten der Landeskammern herausgegeben. Zur Zeit werden ein neuer Herausgebervertrag und Redaktionsstatut verhandelt.

Der Psychotherapeutenkammer Berlin stehen im PTJ regelmäßig im Quartal vier DINA4-Seiten für bundesweite Informationen bereit. In der mit einer Auflagenhöhe von rund 30.000 umfassenden Publikation werden vorrangig berufspolitische und fachliche Themen aufgegriffen. Auf den Berliner Seiten waren z.B. folgende Themen zu lesen:

- Selektive Einzel- und Gruppenverträge – eine Alternative für PP und KJP zur herkömmlichen kollektivvertraglichen Regelversorgung? (1/2009)
- Einstieg in den Ausstieg – Zulassungsentziehungen vermeiden und psychotherapeutische Versorgung langfristig sichern (2/2008)
- Streit um Praxisverkäufe: Was ist ein angemessener Preis für eine KV-Praxis? (2/2008)

- Psychotherapeutische Kompetenz (Bericht über den 3. Landespsychotherapeutentag) (4/2007)
- Seele und Zähne – Kooperation von PP, KJP und Zahnärztinnen und Zahnärzten in der Behandlung psychosomatischer Störungen in der Zahnmedizin (3/2007)
- Reiche Selbstständige – arme Angestellte? Oder: Mehr Geld für die gleiche Arbeit? (2/2007)
- Netzwerke bilden – Versorgungslücken schließen - Auftaktveranstaltung des Berliner Bündnisses gegen Depression (3/2006).

Hinsichtlich der Rubrik „Aktuelles aus der Wissenschaft“ beteiligte sich die Psychotherapeutenkammer mit Beiträgen von Dr. Thomas Lecher (früherer Gesundheitsreferent), Prof. Dr. Thomas Fydrich (Humboldt-Universität zu Berlin) und Prof. Dr. Anna Auckenthaler (Freie Universität Berlin). Künftig wird die wissenschaftliche Referentin diese Rubrik im Wechsel mit anderen wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten bearbeiten.

### **Schriftenreihe**

„Psychotherapeutische Leistungen im Sozialrecht“ von Prof. Dr. Gerhard Nothacker lautet der erste Band der im Dezember 2008 eingeführten Schriftenreihe der Psychotherapeutenkammer Berlin. Es handelt sich um ein von der Kammer in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten. Die Broschüre kann zum Selbstkostenpreis von 15 Euro bei der Kammergeschäftsstelle erworben werden. Die Schriftenreihe wird von der Deutschen Nationalbibliothek über eine ISSN-Nummer gelistet.

Wir werden zukünftig in unregelmäßiger Folge, fokussiert zu aktuellen und grundsätzlichen Themen der Profession, Stellung nehmen. Wir hoffen, dass damit die Diskussion der PP, KJP und den ärztlichen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten untereinander sowie mit den Vertreterinnen und Vertretern der Berufs- und Fachverbände, der Gesundheitspolitik und -verwaltung, der Heilberufskammern, der KV, der Krankenkassen, der Universitäten, Hochschulen

und der Ausbildungseinrichtungen in Berlin gefördert wird.

### **Eckpunktepapier**

Die wichtigsten kammerpolitischen Zielsetzungen wurden von den Delegierten mit Hilfe des Kammerpräsidenten und der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit in einem Eckpunktepapier zusammengefasst (Kurzfassung). Die für die nächsten Jahre geltenden Ziele stellen den Minimalkonsens der einzelnen psychotherapeutischen Fraktionen und Listen dar. Die Kurzfassung des Eckpunktepapiers wird in Kürze veröffentlicht und richtet sich an die Fachöffentlichkeit, an politische Funktionsträger sowie an Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Eine weitere Fassung der Eckpunkte (Langfassung) gilt als interne Fassung. Hier werden alle unterschiedlichen Positionen und Auffassungen der Listen zu bestimmten Zielsetzungen für die nächsten Jahre aufgenommen. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Listen sollen dabei herausgearbeitet werden. Dieses Papier ist noch unvollständig und noch nicht abschließend im Rahmen der Delegiertenversammlung diskutiert.

### **Entwicklung von Veranstaltungskonzeptionen**

Während der 2. Legislaturperiode wurden die kammereigenen Veranstaltungen weiter entwickelt. Die hohe Zahl an von der Kammer organisierten Veranstaltungen und Tagungen machte einen deutlich gestiegenen Etat für diesen Bereich erforderlich. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass sich die Veranstaltungen komplettär über die Tagungsgebühren finanzieren.

Die Kammer entwickelte folgende Veranstaltungsreihen:

- Der Landespsychotherapeutentag (LPT) findet jährlich im Frühjahr statt, wobei die Themen der LPT alle zwei Jahre speziell für angestellte PP und KJP ausgerichtet werden. Tagungsort waren mehrfach Räumlichkeiten der Humboldt-Universität zu Berlin. Die mit ca. 400 Mitgliedern besuchten LPT nehmen eine ca. einjährige Vorbereitungszeit in Anspruch.

- Zweimal im Jahr stellen „Kammermitglieder ihre Arbeit vor“. Diese Reihe findet regelmäßig im Seminargebäude der Freien Universität statt. Meist kommen ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, um sich über praktische Ansätze der Kolleginnen und Kollegen zu informieren.
- Im Rahmen „Musik und Psychotherapie“ werden zweimal jährlich Vertreterinnen und Vertreter aus Hochschulen, aus Musikprojekten o.ä. eingeladen. Die mit durchschnittlich 30 Mitgliedern besuchte Veranstaltung findet in den Räumlichkeiten der Kammergeschäftsstelle statt.
- Etabliert wurde das Interdisziplinäre Colloquium zu Psychotherapie im Kontext der Nachbardisziplinen Pädagogik, Sozialpädagogik und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie. Es fand erstmals am 2. September 2008 statt und soll jährlich wiederholt werden.
- Erstmals wurde ab Februar 2009 ein „Jour Fixe zur Psychosozialen Diagnostik im Kindes- und Jugendalter“ in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule und den Kinder- und Jugendpsychiatern des Vivantes-Klinikum eingeführt. Der Jour Fixe findet zunächst fünf Mal statt. Aufgrund der guten Resonanz wird er voraussichtlich im Jahr 2010 weitergeführt.
- Die Kammer beteiligt sich regelmäßig an Veranstaltungen des „Bündnisses gegen Depression“
- Wir sind Mitveranstalter des „Forums für Persönlichkeitsstörungen“, das jährlich im November ganztägig, verfahrensübergreifend stattfindet.
- Darüber hinaus wurden curriculare Fortbildungen für bestimmte Themen entwickelt, die die Kammer u.a. selbst anbietet. Über die institutionelle Verankerung der Fortbildungsangebote muss der nächste Vorstand beraten. Folgende curriculare Fortbildungen standen bzw. stehen aktuell auf dem Programm:
  - Trauma-Psychotherapie
  - „Säuglings-Kleinkind-Psychotherapie“ in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam
  - „Zahnärztliche Psychosomatik“

in Kooperation mit der Zahnärztekammer Berlin

- In Planung: Forensik – Gutachterstellung
- Psychotherapie außerhalb der Richtlinien im Rahmen des SGB, z.B. KJHG
- Notfall-Psychotherapie

Inzwischen werden die Veranstaltungen nicht mehr maßgeblich von ehrenamtlich Tätigen (Vorstandsmitglieder, Delegierte, Ausschussmitglieder), sondern durch die Geschäftsstelle der Kammer vorbereitet.

### ***Koordination der Medienanfragen***

Die Medienanfragen werden von der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit koordiniert, d.h. an die Vorstandsmitglieder, ggf. auch an Delegierte weitergeleitet. Von dort aus wird eine Beteiligung an den Anfragen fachlich-inhaltlich und unter zeitlichen Aspekten abgewogen.

Noch ist die Zusammenarbeit mit den Medien eher reaktiv. Seit der Einrichtung des Referats Öffentlichkeitsarbeit ab Mitte April 2007 gab es rund 30 Anfragen der großen Berliner Zeitungen (Tagesspiegel, Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Bild) sowie von mehreren Fernsehsendern (RBB, RTL, N24). Die angefragten Themen gingen auf öffentlichkeitswirksame Vorkommnisse wie z.B. konkrete Fälle im Bereich Kindesvernachlässigung zurück. Aber auch exotische Themen wie „Lachtherapie“ oder „Sinn und Zweck des Schenkens“ waren gefragt. Die Psychotherapeutenkammer Berlin bzw. der Vorstand beteiligte sich punktuell dort, wo Themen und die anfragende Medienanstalt seriös erschienen.

Ebenfalls beteiligte sich die Kammer bei der Erstellung des Klinikführers des „Tagesspiegels“ für das Jahr 2008. Dazu wurden niedergelassene Mitglieder nach deren Einschätzung zu psychiatrischen Kliniken befragt. Darüber hinaus veröffentlichte die Kammer rund 10 eigene Pressemeldungen, u. a. begleitend zu den Landespsychotherapeutentagen oder zur geforderten Mindestquote von KJP.

Der Ausbau einer regelmäßigen Zusammenarbeit mit den Medien wird

seitens des Vorstandes sowie der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit für dringend notwendig erachtet. Dazu gehört auch die Initiierung von politischen Round-Table-Gesprächen, zu der Medienvertreterinnen und -vertreter eingeladen werden sollen. Die Zielsetzung soll mit dem neuen Vorstand weiter forciert werden.

**Delegierte 2005-2009 nach Listen und Listenplatz****Berliner Bündnis für Psychische Gesundheit**

Bertram, Heinrich  
 Dr. Thielen, Manfred  
 Rasch-Owald, Sylvia  
 Schweitzer-Köhn, Eva-Maria  
 Fliegenger, Bernd (*ausgeschieden*)  
 Ebel, Peter (*ausgeschieden*)  
 Prof. Dr. Kuhr, Armin  
 Remmert, Christian  
 Henkel-Gessat, Marga  
 Jacob, Karin (*ausgeschieden*)  
 Maunz, Christina (*ausgeschieden*)  
 Brückler, Rolf  
 Dr. Merten, Thomas  
 Bickel, Klaus  
 Dr. Vogel, Rainer  
 Prof. Dr. Helle, Mark  
 Franke, Reinhard

**Berliner Forum Psychotherapie und Psychoanalyse**

Krenz, Michael  
 Springer, Anne A.  
 Dr. Knobbe, Wieland (*ausgeschieden*)  
 Isaac-Candaeis, Pilar  
 Grunert, Michael (*f*)  
 Lehnert, Wolfgang  
 Malkowsky, Alexander  
 Dr. Kaiser, Erwin (*ausgeschieden*)  
 Aghabigi, Azizollah (*ausgeschieden*)  
 Angermann-Küster, Christiane  
 Hahn, Julia  
 Dr. Dettbarn, Irmgard (*ausgeschieden*)  
 Dr. Heine, Michael  
 Anft, Stefan  
 Dr. von Tippelskirch, Dorothee

**Liste Kontext**

Pauli, Gerhard  
 Schmude, Michael  
 Meybohm, Ute

**Kinder und Jugendlichenpsychotherapie Berlin**

Stößlein, Christoph  
 Klausmeyer, Gabriele (*ausgeschieden*)  
 Rosansky, Norbert  
 Dillhoff, Klaus  
 Koukal, Brigitte (*ausgeschieden*)  
 Rocholl, Barbara  
 Wittenhagen, Uwe  
 Eikermann, Heidemarie

**Innovative Psychotherapie in Berlin**

Hillenbrand, Dorothee  
 Brombacher, Inge  
 Michels-Vermeulen, Ulrike (*ausgeschieden*)  
 Conrads, Klaus  
 Reysen-Kostudis, Brigitte

**Liste Berliner Psychotherapeuten**

Waschkeit, Marion  
 Dr. Meincke, Joachim  
 Deitschun, Sabine  
 Bartz, Andreas  
 Dr. Degner, Renate  
 Mrazek, Renate (*ausgeschieden*)  
 Karameros, Ardontula  
 Becker, Oliver  
 Volk, Jürgen  
 Hoffmann, Sabine

**Vertretungen der Universitäten**

Prof. Dr. Auckenthaler, Anna  
 Prof. Dr. Fydrich, Thomas

**Bundesdelegierte**

Bertram, Heinrich  
 Brombacher, Inge  
 Deitschun, Sabine  
 Fliegenger, Bernd (*ausgeschieden*)  
 Isaac-Candaeis, Pilar  
 Krenz, Michael  
 Mrazek, Renate (*ausgeschieden*)  
 Springer, Anne A.  
 Stößlein, Christoph  
 Dr. Thielen, Manfred

**Vertreterinnen und Vertreter**

Anft, Stefan  
 Angermann-Küster, Christiane  
 Bartz, Andreas  
 Bickel, Klaus  
 Conrads, Klaus  
 Dr. Degner, Renate  
 Dillhoff, Klaus  
 Eikermann, Heidemarie  
 Grunert, Michael (*f*)  
 Hahn, Julia  
 Dr. Heine, Michael  
 Hillenbrand, Dorothee  
 Prof. Dr. Kuhr, Armin  
 Lehnert, Wolfgang  
 Pauli, Gerd  
 Rasch-Owald, Sylvia  
 Reysen-Kostudis, Brigitte  
 Rocholl, Barbara  
 Rosansky, Norbert  
 Schweitzer-Köhn, Eva-Maria  
 Volk, Jürgen  
 Waschkeit, Marion  
 Wittenhagen, Uwe

**PiA-Vertretung****Vertretung für die PPIA**

Dr. Szirmak, Zsafia (*bis 2009*)  
 Lange, Nicola (*bis 2009 Stellvertreterin, seit 2009 Sprecherin*)  
 Maier, Jens Hendrik (*seit 2009 Stellvertreter*)

**Vertretung für die KJPIA**

Lange, Ulrike  
 Root, Marina (*Stellvertreterin*)

## Ausschüsse

### **Aus-, Fort- und Weiterbildung**

Bartz, Andreas  
 Brombacher, Inge (*Ausschuss-  
 sprecherin*)  
 Hahn, Julia  
 Lehnert, Wolfgang  
 Dr. Merten, Thomas  
 Rosansky, Nobert  
 Dr. Thielen, Manfred

### **Berufsordnung, Ethik, Menschen- und Patientenrechte**

Bickel, Klaus  
 Deitschun, Sabine  
 Eikermann, Heidemarie  
 Isaac-Candeias, Pilar  
 Dr. Kaiser, Erwin (*ausgeschieden*)  
 Schmude, Michael  
 Schweitzer-Köhn, Eva-Maria (*Aus-  
 schusssprecherin*)

### **Finanzen**

Henkel-Gessat, Marga  
 Dr. Meincke, Joachim (*Ausschuss-  
 sprecher*)  
 Schmude, Michael (*vorübergehend*)  
 Springer, Anne A.  
 Dr. Vogel, Rainer

### **Neue Versorgungsformen**

Conrads, Klaus  
 Franke, Reinhard (*vorübergehend*)  
 Karameros, Archontula  
 Prof. Dr. Kuhr, Armin (*Ausschuss-  
 sprecher*)  
 Maunz, Christina (*ausgeschieden*)  
 Pauli, Gerhard

### **Öffentliche psychosoziale/ psychotherapeutische Versorgung**

Dillhoff, Klaus  
 Franke, Reinhard  
 Prof. Dr. Kuhr, Armin  
 Maunz, Christina (*ausgeschieden*)  
 Meybohm, Ute  
 Pauli, Gerhard (*Ausschusssprecher*)  
 Remmert, Christian (*vorübergehend*)

### **Psychotherapie in Institutionen**

Becker, Oliver  
 Bickel, Klaus  
 Meybohm, Ute  
 Rasch-Owald, Sylvia  
 Remmert, Christian (*Ausschuss-  
 sprecher*)  
 Reysen-Kostudis, Brigitte (*vorüber-  
 gehend*)  
 Rocholl, Barbara

### **Wissenschaft, Forschung, Qualitätssicherung**

Brückler, Rolf  
 Fliegenger, Bernd (*ausgeschieden*)  
 Prof. Dr. Fydrich, Thomas (*Aus-  
 schusssprecher*)  
 Grunert, Michael (*f*)  
 Dr. Heine, Michael  
 Prof. Dr. Helle, Mark  
 Reysen-Kostudis, Brigitte  
 Rocholl, Barbara (*vorübergehend*)  
 Schmude, Michael  
 Springer, Anne A.  
 Wittenhagen, Uwe

## Kommissionen

### **Kommission Kammerimmobilie**

Brombacher, Inge  
 Buckow, Antje  
 Henkel-Gessat, Marga  
 Krenz, Michael  
 Malkowsky, Alexander  
 Dr. Meincke, Joachim  
 Schmude, Michael  
 Struck, Katrin

### **Kommission PiA**

Dümchen, Jürgen  
 Hugo, Chantal  
 Meybohm, Ute  
 Stößlein, Christoph  
 Dr. Szirmak, Zsafia

### **Strukturkommission**

Conrads, Klaus  
 Degner, Renate  
 Grunert, Michael (*f*)  
 Karameros, Archontula  
 Klausmeyer, Gabriele  
 Krenz, Michael  
 Maunz, Christina (*ausgeschieden*)  
 Schmude, Michael  
 Thielen, Manfred

### **KJHG-Kommission**

Bertram, Heinrich  
 Engert, Mechthild  
 Frühauf, Jörn  
 Halle, Markus  
 Hillenbrand, Dorothee  
 Holte, Michaela  
 Dr. Jaletzke, Cordula  
 Klöcker, Andreas  
 Luttermann, Alfred  
 Naumann, Harro  
 Quednow, Irmhild  
 Rosansky, Norbert  
 Schmidt, Ronald  
 Prof. Dr. von Aster, Michael  
 Wahlen, Karl  
 Zante, Werner



## Sonstige

### **Sitzungsleitung DV**

Dillhoff, Klaus  
Isaac-Candeias, Pilar  
Prof. Dr. Kuhr, Armin (*Vorsitz*)  
Schmude, Michael  
Waschkeit, Marion

### **Redaktion Rundbrief / PTJ**

Brombacher, Inge  
Henkel-Gessat, Marga  
Hillenbrand, Dorothee  
Isaac-Candeias, Pilar  
Dr. Locher, Beate  
Meybohm, Ute  
Stößlein, Christoph  
Dr. Thielen, Manfred

### **Mitglieder im Redaktionsbeirat PTJ**

Springer, Anne A.  
Dr. Thielen, Manfred (*Vertreter*)

### **AG Website**

Abel, Thomas  
Krenz, Michael  
Dr. Locher, Beate  
Meybohm, Ute  
Dr. Thielen, Manfred

### **Fortbildungsbeirat**

**Beirat A**  
Büchler, Angelika (*Stellvertreterin*)  
Brühl, Roswitha  
Deitschun, Sabine  
Engert, Mechthild  
Henkel-Gessat, Marga (*Stellvertreterin*)  
Kuhr, Armin (*Stellvertreter*)  
Springer, Anne A. (*Stellvertreterin*)  
Thielen, Manfred

### **Beirat B**

Büchler, Angelika (*Stellvertreterin*)  
Brombacher, Inge  
Brückler, Rolf (*Stellvertreter*)  
Conrads, Klaus (*vorübergehend*)  
Engert, Mechthild  
Höfeld, Renate (*Stellvertreterin*)  
Rosansky, Norbert  
Dr. v. Tippelskirch-Eissing, Dorothee  
Zschüttig, Christian (*Stellvertreter*)

### **Interne Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer**

Henkel-Gessat, Marga  
Fliegenger, Bernd (*ausgeschieden*)  
Malkowsky, Alexander

### **Hochschulbeirat**

Prof. Dr. Auckenthaler, Anna  
Prof. Dr. Fydrich, Thomas  
Prof. Dr. Gahleitner, Silke Birgitta  
Prof. Dr. Helle, Mark  
Prof. Dr. Körner, Jürgen  
Prof. Dr. Kleiber, Dieter

### **Dauerhafte Mitgliedschaften / Netzwerke / Kooperationen**

Kommunalen Arbeitgeberverband  
BPtK  
Gesundheit Berlin e.V.  
Berliner Bündnis gegen Depression  
Projektbezogene Kooperation mit der Zahnärztekammer Berlin und dem Pfaff-Institut (Fortbildungseinrichtung der Berliner Zahnärzteschaft)  
AG Psychosenpsychotherapie

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

### **Geschäftsführung**

Ass.jur. und Dipl.-Verw.wirtin Katrin Struck

### **Assistenz der Geschäftsführung**

Dipl. Soz.päd. (FH) Antje Liesener, MPH  
Antje Buckow, M.A.

### **Sekretariat**

Büroleiterin Dipl.-Soz. Renate Hofmann-Britz  
Silka Baum

### **Buchhaltung / Sekretariat**

Hannelore Mössner

### **Gesundheitsreferent**

Dipl.-Soz. Mechthild Engert

### **Referentin für Öffentlichkeitsarbeit**

Dr. phil. Beate Locher

### **Wissenschaftliche Referentin**

Dipl.-Psych. Karin Jeschke, Systemische Familientherapeutin (SG)

### **Justitiarin**

RAin Dipl.-Psych. Anja Weyl

### **Bereich Fortbildung**

Dipl.-Psych. Angela Büchler  
Dipl.-Volkswirtin Katrin Ullrich

### **Psych-Info / Servicetelefon**

Dipl.-Psych. Ariane Schacher  
Dipl.-Psych. Sarah Springer  
Julia Karutz (*Studentin*)

### **Helfende Hände**

Krämer, Stefan (*Bürohilfe*)  
Kreusch, Nicole (*Raumpflege*)

### **Ehemalige**

Britz, Anna  
Bucholz, Anna  
Dette, Kolja  
Fechner, Berit  
Glowachi, Rebeka  
Graf, Magdalena  
Grosche, Stefanie  
Hövelmann, Jutta  
Jennrich, Siri  
Kessel, Maura  
Leidinger, Christiane  
Lindmeyer, Jan  
Lorek, Georg  
Mache, Benjamin  
Maiwald, Lena  
Meißner, Claudia  
Mertens, Madlen  
Mertens, Nicole  
Wiesike, Evelyne

## Regelmäßige Veranstaltungen, Termine / Übersicht

Regelmäßige Veranstaltungen	Modus
2005 - 2009	
Vorstandssitzungen	wöchentlich
Präsidiumssitzungen	jede 2. Woche
Verwaltungsbesprechungen	monatlich
Gespräche mit Vertretern von Institutionen, Banken, Firmen etc.	wöchentlich
Delegiertenversammlung	5 Mal jährlich
Sitzungsleitung	4 Mal jährlich
Ausschuss für Finanzen	4 Mal jährlich
Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung	bis zu 7 Mal jährlich
Ausschuss Berufsordnung	bis zu 7 Mal jährlich
Ausschuss Neue Versorgungsformen	bis zu 7 Mal jährlich
Ausschuss Psychotherapie in Institutionen	bis zu 7 Mal jährlich
Ausschuss Wissenschaft, Forschung, Qualitätssicherung	bis zu 7 Mal jährlich
Ausschuss Öffentliche Versorgung	bis zu 7 Mal jährlich
Treffen BPtK-Delegierte	vor jedem Bundespsychotherapeutentag
Fraktionssitzungen (Listen)	nach Bedarf
Redaktionssitzungen Kammerrundbrief Berlin	4 Mal jährlich
Herausgebertreffen PTJ	4 Mal jährlich
Redaktion PTJ (Bundesebene)	2 Mal jährlich
Beiratssitzungen (A/B)	6 Mal jährlich
Ombudsstelle (Treffen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)	Nach Bedarf
Steuerungsgruppe Seele und Zähne	4 Mal jährlich
AG Bündnis gegen Depression	8 Mal jährlich
AG Psychosenpsychotherapie	2 Mal jährlich
KJHG-Kommission und AG KJHG	6 Mal jährlich
PiA-Kommission	6 Mal jährlich
Kommission Website (abgeschlossen)	4 Mal jährlich
Kommission Kammerimmobilie	3 Mal jährlich
Forensik-Kommission / Länderebene ( <i>abgeschlossen</i> )	3 Mal jährlich
Herausgeber Psych-Info / Länderebene	1 Mal jährlich
Informationsveranstaltung für Verbände / Ausbildungsinstitute	3 Mal jährlich
Hochschulbeirat	nach Bedarf
Strukturkommission ( <i>abgeschlossen</i> )	4 Mal jährlich

## Chronologische Übersicht der Veranstaltungen

Datum	Veranstaltung	Kooperationspartner
<b>2005</b>		
23.03.2005	2. Fachtagung Therapie bei Menschen mit geistiger Behinderung	Psychotherapeutenkammer Berlin und Bezirksamt Pankow
23.09.2005	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
26.09.2005	Delegiertenversammlung	
24.11.2005	Delegiertenversammlung	

## Chronologische Übersicht der Veranstaltungen

Datum	Veranstaltung	Kooperationspartner
<b>2006</b>		
14.01.2006	Klausurtag des Vorstandes zum Thema: Projektentwicklung, Kammerstrukturen, Öffentlichkeitsarbeit, Aus-, Fort- und Weiterbildung	
16.03.2006	Behandlung psychisch reaktiver Traumafolgen bei traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
24.03.2006	2. Fachtagung Therapie bei Menschen mit geistiger Behinderung	Psychotherapeutenkammer Berlin und Bezirksamt Pankow
30.03.2006	Delegiertenversammlung	
19.05.2006	Berliner Bündnis gegen Depression: Netzwerke bilden - Versorgungslücken schließen	Psychotherapeutenkammer Berlin mit 6 Partnern des Berliner Bündnisses gegen Depression
28.06.2006	Infoveranstaltung Energetische Psychotherapie	
03.07.2006	Informations- und Diskussionveranstaltung zum Thema: Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung in der Psychotherapie	
06.07.2006	Klausurtag des Vorstandes	
31.08.2006	Delegiertenversammlung	
07.09.2006	Kammermitglieder stellen ihre Arbeit vor	
24.09.2006	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
27.09.2006	3. Fachtagung Therapie bei Menschen mit geistiger Behinderung	
26.10.2006	Musik und Psychotherapie: Gefühle der Verwirrungen-Verwirrung der Gefühle? Wer betrügt wen?	
31.10.2006	Klausurtag des Vorstandes	
04.11.2006	Forum für Persönlichkeitsstörungen, 2. Symposium: Therapeutische Ansätze bei der Histrionischen Persönlichkeitsstörung	Kooperation mit der Klinik und Hochschulambulanz für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité, dem IVB Institut für Verhaltenstherapie Berlin GmbH und dem Institut für Psychologie und dem ZPHU der Humboldt-Universität zu Berlin
07.11.2006	Klausurtag des Vorstandes	
11.11.2006	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
12.11.2006	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
23.11.2006	Delegiertenversammlung	
30.11.2006	Delegiertenversammlung	
07.12.2006	Informationsveranstaltung zum Thema: Entwicklung der Psychotherapie im Rahmen des KJHG (SGB VIII)	

## Chronologische Übersicht der Veranstaltungen

Datum	Veranstaltung	Kooperationspartner
<b>2007</b>		
30.01.2007	Musik & Psychotherapie: MusikSpielTherapie	
17.03.2007	Behandlung psychisch reaktiver Traumafolgen bei traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
26.04.2007	Delegiertenversammlung	
02.06.2007	Fortbildungsveranstaltung: Eine Berufsordnung - wozu?	
02.06.2007	Traumatisierte Flüchtlingskinder- und jugendliche: Stellungnahmen im Rahmen von Behandlungen und aufenthaltsrechtlichen Verfahren	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
09.06.2007	Traumatisierte Flüchtlingskinder- und jugendliche: Stellungnahmen im Rahmen von Behandlungen und aufenthaltsrechtlichen Verfahren	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
07.07.2007	Klausurtag des Vorstandes zum Thema: Psychotherapie außerhalb der Richtlinien / in der Sozialversicherung	
01.09.2007	3. Landespsychotherapeutentag: Psychotherapeutische Kompetenz – Aspekte innerer und äußerer Realität von PP und KJP	
13.09.2007	Delegiertenversammlung	
22.09.2007	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
23.09.2007	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
28.09.2007	3. Fachtagung Therapie bei Menschen mit geistiger Behinderung	
25.10.2007	Kammermitglieder stellen ihre Arbeit vor: Psychatriepatienten außerhalb der Psychiatrie - wie behandeln PP und KJP?	
27.10.2007	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
28.10.2007	Klausurtag des Vorstandes zum Thema: Weiterbildung	
28.10.2007	Curriculum "Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen"	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
22.11.2007	Delegiertenversammlung	
30.11.2007	Stand auf dem Kongress „Armut und Gesundheit“	
08.11.2007	Neue Versorgungsformen: Chancen für niedergelassene und angestellte Kolleginnen und Kollegen - Werkstattberichte	

**Chronologische Übersicht der Veranstaltungen**

Datum	Veranstaltung	Kooperationspartner
<b>2008</b>		
30.01.2008	Musik & Psychotherapie: EBQ-Instrument zur Einschätzung der Beziehungsqualität	
08.02.2008	4. Landespsychotherapeutentag (Angestelltentag): Besonderheiten psychotherapeutischer Kompetenz im institutionellen Rahmen	
14.02.2008	PiA-Vollversammlung	
08.04.2008	Psychosomatik in der Zahnmedizin	Kooperation mit der Zahnärztekammer Berlin im Rahmen der Dienstagabendfortbildungen der Zahnärztekammer Berlin
17.04.2008	Delegiertenversammlung	
19.05.2008	Treffen mit den Berufsverbänden	
19.06.2008	Delegiertenversammlung	
02.09.2008	1. Interdisziplinäres Colloquium: Hilfeplanung im institutionellen Spannungsfeld	
12.09.2008	Behandlung psychisch reaktiver Traumafolgen bei traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
13.09.2008	Diagnostik und Behandlungsaspekte bei traumatisierten Flüchtlingskindern und -jugendlichen	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
25.09.2008	Delegiertenversammlung	
29.09.2008	Kammermitglieder stellen ihre Arbeit vor - Neuropsychologische Therapie	
09.10.2008	Musik und Psychotherapie: Leonore – Retterin des Mannes oder autonome Frau? Tiefenpsychologische Betrachtungen zur Oper „Fidelio“ von Ludwig van Beethoven	
17.10.2008	Diagnostik und Behandlungsaspekte bei traumatisierten Flüchtlingskindern und -jugendlichen	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
18.10.2008	Diagnostik und Behandlungsaspekte bei traumatisierten Flüchtlingskindern und -jugendlichen	Kooperation mit der Ärztekammer Berlin und dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin
01.11.2008	Forum für Persönlichkeitsstörungen, 4. Symposium: Selbstunsichere Persönlichkeitsstörung	Kooperation mit der Klinik und Hochschulambulanz für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité, dem Institut für Verhaltenstherapie Berlin GmbH, dem Institut für Psychologie und dem ZPHU der HU Berlin
13.11.2008	Delegiertenversammlung	
21.11.2008	2. Infoveranstaltung Neue Versorgungsformen: Praxismodelle der Integrierten Versorgung im Spannungsfeld zwischen Qualität und Wettbewerb	
24.11.2008	4. Fachtagung Therapie bei Menschen mit geistiger Behinderung	Psychotherapeutenkammer Berlin mit 3 Veranstaltern
25.11.2008	4. Fachtagung Therapie bei Menschen mit geistiger Behinderung	Psychotherapeutenkammer Berlin mit 3 Veranstaltern

## Chronologische Übersicht der Veranstaltungen

Datum	Veranstaltung	Kooperationspartner
<b>2009</b>		
09.01.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	
10.01.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	
13.01.2009	Treffen mit der Projektgruppe Psychosoziale Onkologie des Tumorzentrums Berlin	
17.01.2009	Klausurtag des Vorstandes zum Thema "Neue Versorgungsformen"	
12.02.2009	Veranstaltung zur Studiums- und Ausbildungsreform "Darstellung und Diskussion des aktuellen Standes der Studiums- und Ausbildungsreform"	Referent: Dipl.-Soz.päd. Peter Lehndorfer
13.02.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	Kooperation mit dem Familienzentrum der Fachhochschule Potsdam
14.02.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	Kooperation mit dem Familienzentrum der Fachhochschule Potsdam
16.02.2009	Musik und Psychotherapie: "So lässt sich Psychotherapie potenziell überflüssig machen!" Leonore Wüstenberg und Dr. Andreas Doerne stellen die Arbeit des von Daniel Barenboim initiierten Musikkindergartens vor	
25.02.2009	Interdisziplinärer Jour Fixe: Psychosoziale Diagnostik im Jugendhilfebereich	Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule und Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Vivantes Klinikum
05.03.2009	PIA-Vollversammlung	
26.03.2009	Delegiertenversammlung	
28.03.2009	5. Landespsychotherapeutentag: Psychotherapeuten und Psychotherapie – Entwicklung, Entwicklungsprozesse, Entwicklungskrisen ...	
22.04.2009	Interdisziplinärer Jour Fixe: Psychosoziale Diagnostik im Jugendhilfebereich	Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule und Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Vivantes Klinikum
24.04.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	Kooperation mit dem Familienzentrum der Fachhochschule Potsdam
25.04.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	Kooperation mit dem Familienzentrum der Fachhochschule Potsdam
15.05.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	Kooperation mit dem Familienzentrum der Fachhochschule Potsdam
16.05.2009	Curriculare Fortbildung zur Eltern-, Säuglings- und Kleinkindpsychotherapie	Kooperation mit dem Familienzentrum der Fachhochschule Potsdam
26.05.2009	Veranstaltung zur Studiums- und Ausbildungsreform „Zukunft des Berufes Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/in“	Referenten: Dipl.Soz.päd. Peter Lehndorfer / Prof. Silke Gahleitner



